Mittwoch, den 22. Juni 1932.
14. Jahrgang Nr. 144

Arbeiter-Zeitung

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Bezugspreis: Wöchentl. 42 Pf. + 8 Pf. Botenlohn = 50 Pf., monatl. 1,65 Mk. + 50 Pf. Botenlohn = 2,15 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,15 Mk., unter Streifband 3 Mk. Anzeigenpreis: Die zehngespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- u. Versammlungsanzeigen 6 Pf. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Annahmeschluß in der Hauptexpedition um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 460 39. Postscheckkonto: Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Vorderhaus). Fernsprecher 430 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — Gerichtsstand: Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 460 39.

SA. aus dem Wuppertal vertrieben! / Ein Sieg der Antifaschistischen Aktion (Siehe im Blatt)

Jeder Betrieb eine rote Burg der Antifaschistischen Aktion!

Die von 149 Betriebsdelegierten, Betriebsräten und Betriebsvertrauensleuten beschickte Konferenz beschließt: Organisierung der roten Einheitsfront und des politischen Massenstreiks — Der rote Massenselbstschutz das dringendste Gebot der Stunde!

Breslau, 22. Juni. Die vom provisorischen Kampfausschuß für Groß-Breslau nach dem „Oderstrom" einberufene Betriebskonferenz war von 149 Betriebsdelegierten, Betriebsräten und Betriebsvertrauensleuten besucht. Aus den Gemeindebetrieben waren 63 Kollegen, Staatsbetrieben 6, Großbetrieben 23, Kleinbetrieben 17 und 38 Mitglieder des Kampfausschusses anwesend. Außer diesen Betriebsdelegierten hat eine große Anzahl Vertreter der Erwerbslosen teilgenommen.

Das Referat zu dem Thema:

Schaffung der kämpfenden Einheitsfront gegen Lohnabbau und Faschismus

hielt im Auftrage des provisorischen Kampfausschusses der rote Betriebsrat Kollege Hentschel vom BVV. Kollege H. gab einen kurzen Ueberblick über die politische Entwicklung der letzten Wochen und behandelte ausführlich die Auswirkungen der Politik der Papen-Regierung — der Regierung der unmittelbar aufzurichtenden offenen faschistischen Diktatur — und ihrer beiden Notverordnungen auf die arbeitende Klasse. Die Unternehmer, aufgemuntert durch die Regierung der Junker, Industriebarone und Generäle, rüsten zu neuem Lohnabbau.

Die sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsführer helfen praktisch mit, all diese Maßnahmen durchzuführen; sie sabotieren und verhindern die Organisierung und Auslösung von betrieblichen Kampfaktionen gegen Lohnabbau und Faschismus.

Das gleiche versuchen sie bei den Erwerbslosen! Erfreulicherweise haben wir in Schlesien eine Reihe guter Beispiele der kämpfenden Einheitsfront gegen jeden Pfennig Unterstützungsabbau und Streiks gegen Pflichtarbeit zu verzeichnen. Alle diese erfolgreichen Kampfbewegungen sind gegen den Willen der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer, auf der Grundlage von Einheitsfrontorganen zustande gekommen.

Die Betriebsarbeiterschaft muß aus diesen Beispielen ihrer erwerbslosen Klassengenossen lernen, das heißt, sie muß in der gleichen Weise den Kampf führen. Der Kollege Hentschel richtete an die Versammelten den Appell, sofort in den Betrieben alle Arbeiter ohne Unterschied der parteipolitischen und gewerkschaftlichen Einstellung zu mobilisieren für den gemeinsamen Kampf gegen Notverordnungsdiktatur, Lohnabbau und Faschismus, für Arbeit und Brot.

Der faschistische Terror der Nazis gegen die Arbeiterschaft wird immer stärker. Die letzten planmäßig durchgeführten Ueberfälle auf Gewerkschafts- und Parteihäuser und andere Arbeitereinrichtungen und der für morgen Mittwoch angekündigte Aufmarsch der Breslauer SA.-Banden, müssen euch Betriebsfunktionäre veranlassen, die Belegschaften gegen den Faschismus, gegen den SA.-Aufmarsch zu mobilisieren.

Der rote Massenselbstschutz ist das dringendste Gebot der Stunde! Jeder Betrieb eine Burg der Antifaschistischen Aktion!

Nur der geschlossene Massenkampf, die rote Einheitsfront kann den Faschismus schlagen!

Die Konferenz beschloß einstimmig, die nachstehende Entschließung, in der die nächsten Kampfaufgaben in den Betrieben gestellt sind:

„Die Reaktion sammelt ihre letzten Kräfte zum vernichtenden Schlage gegen die Arbeiterbewegung. Immer mehr und mehr sieht das Finanzkapital in der nationalsozialistischen Bewegung und deren Bürgerkriegsarmee, der SA., das Werkzeug, mit der sie den weiteren Lohnabbau durchführen kann.

Das Kabinett Brüning ist gestürzt worden; eine Regierung der Junker, Generale und Giftgasbarone ist an seine Stelle getreten, die die Aufgabe hat, die Brücke zum Faschismus zu schlagen. Wir befinden uns mitten in der Durchführung eines Staatsstreiches. Ungehindert kann die legalisierte SA. und SS. ihren blutigen Terror gegen die Arbeiterschaft ausüben. In den letzten Tagen mehren sich die Ueberfälle auf Arbeiter und Arbeiterinnen.

In dieser Stunde der höchsten Gefahr wendet sich die am 21. Juni im „Oderstrom" tagende Betriebskonferenz an alle Betriebsarbeiter und an alle Organisationen Breslaus und fordert sie auf, auf dem Boden gemeinsamer Kampflosungen um den Bestand der deutschen Arbeiterbewegung zu kämpfen. Nur die geeinte Kraft der revolutionären Arbeiterschaft kann der hereinbrechenden Flut der nationalsozialistischen Bewegung, kann dem bisher scheinbar unaufhaltsamen Vormarsch der Reaktion Halt gebieten!

Die im „Oderstrom" versammelten Betriebsräte und -vertrauensleute verpflichten sich, in allen Betrieben und in allen Gewerkschaften die Massen für den Gedanken der kämpfenden Einheitsfront der Tat zu gewinnen und sie gegen den in der letzten Notverordnung diktierten Lohnabbau zu mobilisieren. Es genügt nicht, daß man eine Einheitsfront mit einzelnen Arbeitern eingeht, es genügt nicht, wenn man mit den unteren Organisationen der SAP., KPD. und SPD. und ADGB. sich zusammenschließt. Für den Kampf gegen den Faschismus ist die Einheitsfront der großen Arbeiterorganisationen politischer, gewerkschaftlicher und kultureller Art auf der Basis von Mindestforderungen notwendig. Die Betriebskonferenz fordert daher vom Kampfausschuß, daß er sich unverzüglich an alle großen Arbeiterorganisationen Breslaus wendet und sie zum gemeinsamen Kampf gegen Faschismus, Lohnabbau, zur Verteidigung der Sozialgesetzgebung, zur Bekämpfung aller Kriegsgefahren, zum Schutze der Sowjetunion auffordert.

Die Arbeiterklasse aber hat in den letzten Wochen verstärkt den Weg des Widerstandes beschritten. In wuchtigen Aktionen hat das Ausbeuterpack und die Faschisten die zusammengeballte Kraft des Proletariats (Sagan, Grünberg, Friedland und viele andere Orte) zu seinem Schrecken zu spüren bekommen. Noch aber fehlen in dieser Einheitsfront der Tat in der Hauptsache die Betriebe. Der Betrieb ist das entscheidende Schlachtfeld des Klassenkampfes. Die Betriebe erobert! — Alles gewonnen im Klassenkampf für die rote Einheitsfront!

Die heute hier versammelten Betriebsräte, Vertrauensleute, Betriebsfunktionäre sind dem Rufe der roten Einheitsfront, dem provisorischen Kampfausschuß gefolgt. Sie richten an alle Betriebsräte, an alle Betriebsarbeiter, an die Mitglieder, gleich welcher Partei, gewerkschaftlich organisierten oder unorganisierten Kollegen den revolutionären Appell:

In jedem Betrieb Breslaus die kämpfende Einheitsfront herzustellen!

Die Anwesenden verpflichten sich: Unverzüglich Betriebsversammlungen der gesamten Belegschaften zu organisieren, dort betriebliche Kampfausschüsse zu schaffen, gewählt aus der Masse der Belegschaften, ein betriebliches Kampfprogramm aufzustellen und sofort den Kampf dafür aufzunehmen, in jedem Betrieb vorzubereiten die Anwendung der schärfsten Waffe der Arbeiterklasse, den politischen Massenstreik!

Wir rufen allen Betriebsfunktionären zu, sich dem Beschluß der Betriebskonferenz anzuschließen. Wir rufen den Arbeitern zu:

Schafft in jedem Betrieb den roten Massenselbstschutz!

Jeder von der Belegschaft gewählte Kampfausschuß schickt Vertreter in den zentralen provisorischen Kampfausschuß, der einheitlich die Kämpfe der Betriebsarbeiter mit den Aktionen der Erwerbslosen und mit den Kämpfen aller Werktätigen verbindet.

Jeder Betrieb eine rote Burg der Antifaschistischen Aktion! Vorwärts, rüstet zur Tat! Betriebsarbeiter in vorderster Front!

Es lebe die rote Einheitsfront! Es lebe der politische Massenstreik!

Die Vertreter der Betriebe für die rote Einheitsfront

Die geführte Diskussion, an der sich eine ganze Anzahl Betriebsfunktionäre beteiligten, widerspiegelte den wachsenden Kampfeswillen der Belegschaften. Die Kollegen sprachen sich für die Mobilisierung ihrer Belegschaften gegen Lohnabbau und Faschismus aus. Es haben Vertreter der Straßenbahn, Elektrizitätswerk, Gaswerk Dürrgoy, Marstall, Eisenbahn und anderer Betriebe gesprochen.

Der eingebrachte Antrag an den ADGB. und den Afabund Breslau, eine Betriebsrätevollversammlung aller freigewerkschaftlichen Kollegen einzuberufen, wurde angenommen.

Die Konferenz hat einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die eingeleiteten Maßnahmen des provisorischen Kampfausschusses gegen den heutigen SA.-Aufmarsch begrüßt werden. Die Konferenz, die ein wuchtiger Auftakt in der Schaffung der Einheitsfront der Breslauer Betriebsarbeiter in der Antifaschistischen Aktion sein muß, wurde mit einem dreifachen „Rot Front" geschlossen.

*

Wir begrüßen die Beschlüsse der Konferenz, die die Schaffung der kämpfenden Einheitsfront in den Betrieben und Stempelstellen gegen Lohnabbau und Faschismus und die Bildung des roten Massenselbstschutzes gegen den faschistischen Blutterror zur Aufgabe haben; müssen aber auf der anderen Seite ganz scharf Stellung nehmen zu den Beschlüssen, die in der Linie der Verhinderung der Schaffung der roten Einheitsfront aller Arbeiter liegen. In der angenommenen und veröffentlichten Entschließung, in der die nächsten Kampfaufgaben in den Betrieben gestellt wurden, sind zwei politische Formulierungen enthalten, die unserer Meinung nach im Interesse der Arbeiterschaft sofort geklärt werden müssen. Die Bezeichnung auf die Regierung Papen, daß ihre Aufgabe darin bestehe, die Brücke zum Faschismus zu schlagen, ist deshalb falsch, weil bereits diese Regierung die Regierung der unmittelbar zu errichtenden offenen faschistischen Diktatur ist. Die Papen-Regierung wird von den Nationalsozialisten offen toleriert. Die Maßnahmen der Regierung gegen die Arbeiterklasse sind faschistische Maßnahmen.

Die Forderung, sich unverzüglich an alle großen Arbeiterorganisationen zu wenden, um gemeinsam mit ihnen den Kampf gegen die herrschende Klasse zu führen, darf keineswegs die Illusionen in den Köpfen der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiter, daß ihre Führer doch noch den Kampf organisieren werden, stärken. Die Einheitsfrontangebote können nichts anderes zum Ziel haben, als die Gewinnung der sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen und aller übrigen Arbeiter für die kämpfende Einheitsfront, die Isolierung der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer von den Massen. Das Einheitsfrontangebot der Berliner Bezirksleitung der KPD. für einen gemeinsamen antifaschistischen Massenaufmarsch ist von den Führern der „Eisernen Front" abgelehnt worden. Di ,

(Schluß auf der 2. Seite)

Naziüberfälle auf Reichsbannerkameraden in Breslau

Breslau, 22. Juni. Uns wird kurz vor Redaktionsschluß mitgeteilt, daß gestern in den frühen Abendstunden auf dem Ring, der Schweidnitzer und Ohlauer Straße planmäßige Ueberfälle der Nationalsozialisten auf Reichsbannerarbeiter durchgeführt worden sind. Auch mehrere Polizeibeamte sollen durch Messerstiche verletzt worden sein. Die Polizei hat acht Personen verhaftet.

Das ist die Einleitung eines großen Terrorfeldzuges der SA.-Banden gegen die Breslauer Arbeiterklasse. Heute wollen die SA.-Leute durch die Arbeiterviertel und -straßen geschlossen marschieren. Obwohl der Polizeipräsident der Presse eine Mitteilung zugehen ließ, daß alle Demonstrationen verboten seien, hingen noch heute morgen die zum Arbeitermord aufhetzenden Plakate mit der Ankündigung des geschlossenen Auf- und Abmarsches nach der Jahrhunderthalle, in der heute abend Goebbels sprechen soll. Die gestrige Betriebskonferenz hat beschlossen, alles zu tun, um den SA.-Terror zu brechen. Die Arbeiterschaft in den Betrieben und auf den Stempelstellen müssen muß sofort dem roten Massenselbstschutz beitreten. Den sozialdemokratischen Arbeitern und Reichsbannerkollegen reichen wir die Bruderhand und fordern sie auf, mit uns Kommunisten zu kämpfen.

Kuhhandel Zentrum und Nazis geht weiter

Berlin, 22. Juni. (Eig. Drahtber.) Wie die Zentrumsfraktion des Preußischen Landtages mitteilt, sind die Nationalsozialisten an sie herangetreten mit dem Ersuchen, die Wahl des preußischen Ministerpräsidenten bis nach der Reichstagswahl zu verschieben. Hitler hat sich für die Verschiebung der Ministerpräsidentenwahl erklärt unter der Bedingung, daß die Zentrumsfraktion wieder für den Nationalsozialisten Kerrl als Landtagspräsident stimme. Mit der Verschiebung der Ministerpräsidentenwahl wollen die Zentrum- und Nazi-Führer Zeit zu weiteren Koalitionsvereinbarungen gewinnen.

SPD. für faschistisches Landtagspräsidium

Hohnvolle Antwort des „Vorwärts" auf unseren Kampfvorschlag zur preußischen Landtagssitzung

[illegible]

[illegible] Banner der [illegible] „Steigbügelhalter des Hitlerfaschismus", „Verräter an der Koalition", das war die Seele der [illegible] Nun, da die faschistische Diktatur [illegible] die Aufstellung eigener Kandidaten verzichten, wenn damit die Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit für die Arbeiter in Preußen gesichert, die Papenschen Notverordnungen in Preußen zu Fall gebracht werden. Sind wir in der Sprache der SPD.-Führer eine Bande von Schwindlern.

Von welchen **B e d i n g u n g e n** hat die Kommunistische Partei ihre Bereitschaft abhängig gemacht, ein Präsidium aus Vertretern der SPD. und des Zentrums zu bilden? 1. Herstellung der Versammlungs-, Demonstrations- und Pressefreiheit und Freigabe des Rundfunks für die revolutionäre Arbeiterschaft in Preußen; 2. Nichtdurchführung der beiden faschistischen Notverordnungen der Papen-Regierung in Preußen.

Nachdem der „Vorwärts" den Vorschlag unseres Zentralkomitees [illegible] „Schwindel und Taschenspielertrick" [illegible] er im Namen der SPD.-Führer folgende Antwort:

„Die SPD. hat auch nicht diese Absicht. Sie hat nämlich ihr Anerbieten, für ein Landtagspräsidium von Sozialdemokraten und Zentrum zu stimmen, an Bedingungen geknüpft, von denen sie ganz genau weiß, daß sie u n a u s f ü h r b a r sind. Diese Bedingungen sind erstens die Herstellung der völligen Demonstrationsfreiheit in Preußen und zweitens die Nichtdurchführung der Notverordnungen. Die erste Bedingung ist aus tatsächlichen, die zweite aus rechtlichen Gründen undurchführbar. Die volle Demonstrationsfreiheit im gegenwärtigen Augenblick bedeutet die ungehemmte Entfesselung des Straßen- und Bürgerkrieges. Die Nichtdurchführung der Reichsnotverordnungen würde der Regierung von Papen den längst gewünschten Vorwand geben, einen Reichskommissar für Preußen zu bestellen!"

[illegible] Das ist [illegible] für die SPD.-Führer! [illegible] im „Vorwärts" [illegible]

[illegible] Wir [illegible] „freien Wahlbahn". Wir kennen nur ein [illegible] Das Recht der Arbeiter nach Arbeit und Brot und Freiheit! Oder glauben die SPD.-Führer im Ernst, einen Reichskommissar für Preußen zu verhindern, wenn die Arbeiter den [illegible] Je [illegible] das Proletariat, je machtvoller sein Aufbaten, je [illegible] sein Angriff und der Reichskommissar des Herrn Papen würde [illegible] schneller davonrollen als die Cuno-Regierung im Jahr 1923.

Der „Vorwärts" entrüstet sich darüber, wenn das Zentralkomitee unserer Partei am Schluß seiner Kundgebung ausdrücklich erklärt:

„Die Kommunisten denken nicht daran, ihren Kampf gegen die SPD. und das Zentrum, ihren Kampf gegen die Braun-Severing-Regierung auch nur im mindesten abzuschwächen. Es gibt für die Kommunisten k e i n e n „B u r g f r i e d e n" m i t V e r r ä t e r n und Feinden der Arbeiterklasse."

Ist das Verhalten der SPD. auf unseren Vorschlag zur preußischen Landtagssitzung nicht ein neuer **s t i c h h a l t i g e r B e w e i s** für unsere vorstehende **Behauptung?** Die SPD.- und ADGB.-Führer lehnen es ab, einen **g e m e i n s a m e n** Aufmarsch des Berliner Proletariats gegen die von Papen-Regierung, gegen den faschistischen Blutterror zu unterstützen. Sie lehnen es ab, gegen den Lohnabbau der Unternehmer, gegen den neuen notverordneten Unterstützungsabbau das Banner der Aktion, des Einzel- und Massenstreiks zu erheben. Ueberall, wo es gilt, dem Feind **i n d e r T a t** entgegenzutreten, überall, wo wir den SPD.-Führern den Weg verlegen, den Kampfwillen der Arbeiter in ein parlamentarisches Oppositionsmanöver, in eine **M a n d a t s j ä g e r e i** der sozialdemokratischen Führer umzufälschen, überall da entlarven die letzteren sich als die **S a b o t e u r e** des außerparlamentarischen Massenkampfes, der proletarischen Einheit. **L i e b e r F a s c h i s t e n u n d H u g e n b e r g i a n e r i n s L a n d t a g s p r ä s i d i u m, a l s D e m o n s t r a t i o n s f r e i h e i t f ü r d i e A r b e i t e r s c h a f t i n P r e u ß e n, a l s d i e N i e d e r r i n g u n g d e r P a p e n s c h e n N o t v e r o r d n u n g e n. — D a s i s t d i e A n t w o r t d e r S P D u n d d e s Z e n t r u m s.**

Die Antwort der sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter muß anders sein. Sie wollen nicht länger hungern. Sie **wollen** sich nicht niederknallen lassen von Faschistenhorden. Sie **wollen** d i e S t r a ß e f ü r d a s P r o l e t a r i a t, sie wollen Brot und Arbeit. Vorwärts darum unter dem Banner der **A n t i f a s c h i s t i s c h e n A k t i o n!** **Erzwingt die Freigabe der Straße in Preußen für das Proletariat! Organisiert den roten Massenselbstschutz gegen den faschistischen Mordterror! Organisiert den politischen Massenstreik gegen die Regierung der Aufrichtung der offenen faschistischen Diktatur!**

Severing gibt den Faschisten die Straße frei!

Berlin, 22. Juni. (Eig. Drahtber.) Im Hauptausschuß des Preußischen Landtages erklärte der preußische Innenminister Severing, daß die von der Kommunistischen Partei geforderte Freigabe des Lustgartens für eine am Donnerstag stattfindende antifaschistische Demonstration abgelehnt wurde. Er erklärte auf eine Anfrage, daß der Lustgarten zu einer nationalsozialistischen Demonstration am 28. Juni für die deutschen Stahlhelmstudenten usw. freigegeben werde. Es handelt sich um ausgesprochen faschistische Verbände. Das ist die Antwort auf die Forderung der Kommunistischen Partei nach einem gemeinsamen antifaschistischen Aufmarsch der sozialdemokratischen, kommunistischen und christlichen Arbeiter im Lustgarten.

Jeder Betrieb der Antifaschistischen Aktion eine rote Burg!

(Schluß.)

Dieses muß vor allem den SPD.- und Reichsbannerarbeitern die Augen öffnen; sie müssen nicht in der „Eisernen Front" marschieren, sondern in der roten Einheitsfront. Die auch in der Diskussion zum Ausdruck gekommenen Bestrebungen der SAP., ihren Einheitsfrontkrampf in den Breslauer Betrieben fortzuführen, müssen von allen **ehrlichen Kollegen auf das schärfste bekämpft werden**

Der SAP.-Bürokratie ist es auf der Konferenz gelungen, das [illegible] werden, ihre Parteisuppe zu kochen. Die [illegible] eine weitere Entschließung angenommen, in der die Forderung auf eine einheitliche Reichsliste der SPD., KPD. und SAP. zur Reichstagswahl gefordert wird. Die Kommunistische Partei wird einer solchen Forderung, die nicht im Interesse der Arbeiterschaft liegt, nicht Rechnung tragen. Diese von der SAP. geforderte Einheitsfront, mit den Spitzen der SPD. und des ADGB., mit jenen Leuten, die tagtäglich die Interessen der Arbeiterschaft an die kapitalistische Klasse verraten, die die Wegbereiter der offenen faschistischen Diktatur sind, zeigt wiederum der Arbeiterschaft, die geradezu verbrecherische Rolle der SAP.-Führer. Wir haben in den letzten Tagen eine ganze Reihe von Meldungen gebracht, aus denen hervorgeht, daß SAP.-Arbeiter und auch Funktionäre die Aufstellung [illegible] durch die SAP. verurteilen und öffentlich alle Arbeiter auffordern, für die kommunistischen Kandidaten zu stimmen. Diese Haltung ist nur zu begrüßen und muß auch von den Breslauer SAP.-Arbeitern befolgt werden.

Einen [illegible] Schlag gegen die rote Einheitsfront führte die SAP. und KPD. in der Weise, daß sie einen **Antrag einbrachten, wo** die Verschmelzung des provisorischen **Kampfausschusses mit der Aktionsgemeinschaft** gegen Krieg und Faschismus gefordert **wird. Dieser** Beschluß der Konferenz kann nur als eine Willenskundgebung betrachtet werden, weil ja in der ersten einstimmig angenommenen Entschließung die Verbreiterung des provisorischen Kampfausschusses **n u r** durch die Entsendung von Vertretern der betrieblichen Kampfausschüsse festgelegt wurde. Wir Kommunisten werden auf das schärfste die kartellmäßige Zusammenfassung der Organisation in sogenannten Einheitsfrontorganen, die keine Massenbasis und auch nicht das Vertrauen der Arbeiterschaft haben, bekämpfen; wir Kommunisten **werden weiter** wie bisher alles tun, daß die Kampforgane von den Massen gewählt und kontrolliert werden.

Der provisorische Kampfausschuß, der bereits das Vertrauen gewisser Teile der Arbeiterschaft hat, muß seine Arbeiten in der bisherigen Linie fortsetzen. Die Arbeiterschaft muß mehr wie bisher den Anweisungen des provisorischen Kampfausschusses folgen und muß allen denjenigen, die die Schaffung der kämpfenden Einheitsfront zu sabotieren versuchen, das Handwerk legen. Die Kommunisten werden den provisorischen Kampfausschuß weiter wie bisher auf das stärkste unterstützen.

Arbeiter

zeigt euren antifaschistischen Kampfwillen zu jeder Stunde. Jeder Arbeiter, ob Sozialdemokrat, ob Kommunist, Reichsbannermann oder parteilos, trägt überall das nebenstehende Abzeichen der Antifaschistischen Aktion stolz auf seinem Kittel!

ADGB. lehnt das Angebot der KPD. in Preußen ab

Berlin, 22. Juni. (Eig. Drahtber.) Auf die Forderungen der KPD. und auf das Angebot, in Preußen ein Landtagspräsidium ohne Nationalsozialisten und Deutschnationale zu wählen, antwortet der Vorstand des ADGB. in einer Erklärung schroff ablehnend: „Der Vorstand des ADGB. sieht für Einigungsversuche keine Erfolgsmöglichkeiten!" Die Antwort der Arbeiter wird sein, daß sie sich nun erst recht in den Betrieben zusammenschließen zum gemeinsamen Kampf gegen die faschistische Reaktion.

Berlin, 22. Juni. (Eig. Drahtber.) Wie die Regierungspresse meldet, plant die Reichsregierung eine neue Notverordnung für alle Länderregierungen das Uniformverbot für die SA. aufzuheben. Diese Notverordnung ist geplant für den Fall, daß die süddeutschen Innenminister in der heutigen Länderkonferenz in der Frage der Aufhebung des Uniformverbots für die SA. noch irgendwelche Schwierigkeiten machen sollten.

*

Berlin, 22. Juni. (Eig. Drahtber.) Heute finden im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen über die Löhne der graphischen Hilfsarbeiter statt. Es droht die Gefahr einer Lohnabbauvereinbarung. Die Belegschaften der Buchdruckereien müssen auf dem Posten sein und jeden Lohnabbau und jede Provokation der Unternehmer mit dem geschlossenen Streik beantworten.

*

Berlin, 22. Juni. (Eig. Drahtber.) Ueber die ungeheuerlichen Bedingungen, die die französische Regierung auf der Lausanner Konferenz stellt, berichtet die „Vossische Zeitung" folgendes: Es soll nur eine Unterbrechung der politischen Tributzahlungen für zwei oder drei Jahre eintreten. Inzwischen sollen aber die Sachlieferungen fortgesetzt werden. Daraufhin wollen die Tributmächte eine Gesamtsumme als Schlußzahlung verlangen. Als Sicherheit wird die Verpfändung der Reichsbahneinnahmen gefordert.

*

Hamburg, 21. Juni. (Eig. Drahtber.) Der Streik der Möbeltransportarbeiter ist gestern nach dreiwöchiger Dauer mit vollem Erfolg für die Streikenden beendet worden. Der Lohnabbau der Unternehmer ist abgewehrt, der Streik konnte mit einem vollen Erfolg beendet werden, weil die Streikenden entgegen dem Willen der Gewerkschaftsbürokratie dem Ruf der RGO. gefolgt sind und die Einheitsfront und eine enge Kampfverbundenheit mit den Erwerbslosen herstellten.

SA. aus dem Wuppertal vertrieben

Durch Legalisierung seitens der Reichsregierung ermutigt, versuchten die Banden der Hitlerschen Sturmabteilungen am vorgestrigen Sonntag im ganzen Reich terroristisch gegen die Arbeiterschaft vorzugehen. Ein regelrechter Kleinkrieg entbrannte; in West- und Süddeutschland kam es zu schwersten Zusammenstößen. Nicht selten stellte sich die Polizei, die an mehreren Stellen den Nazis provokatorische Züge in die Arbeiterviertel erlaubte, bei der Abwehr durch die Arbeiter schützend vor die Hakenkreuzler.

Besonders in Wuppertal und in Hagen-Haspe, dem Zentrum der Kleineisenindustrie, gelang es, die rote Einheitsfront aller Arbeiter ohne Parteiunterschied im Zeichen der Antifaschistischen Aktion so erfolgreich zu schließen, daß dem Treiben der Mordbrenner vom Hakenkreuz ein rasches Ende bereitet wurde.

W u p p e r t a l, 20. Juni. (Eig. Drahtber.) Die **W u p p e r t a l e r** Arbeiterschaft ging am Sonnabend und Sonntag im einheitlichen antifaschistischen Massenkampf gegen den brutalen SA.-Terror vor. Nachdem an verschiedenen Stellen uniformierte SA.-Kolonnen befehlsgemäß demonstrierten und blutrünstige Lieder gegen die Arbeiterklasse sangen, schlossen sich spontan kommunistische, Reichsbanner-, christliche und parteilose Arbeiter zu gewaltigen Gegendemonstrationen zusammen.

Die Nationalsozialisten holten sich bewaffnete Verstärkung und drangen in die Arbeiterbezirke ein. In dem Arbeiterbezirk **R o t t** wurden von den SA.-Leuten mit dem Ruf: „Straße frei!" scharfe Feuersalven auf die Anwohner abgegeben. Im Nu schlossen sich die Arbeiter zur Gegenwehr zusammen und **v e r t r i e b e n d i e b r a u n e n T e r r o r b a n d e n.**

Im Stadtteil H e d i n g h a u s e n marschierten die Hakenkreuzler ein mit dem Lied: „D i e r o t e B r u t, d i e s c h l a g e n w i r z u B r e i!" Die Massen der Arbeiter vertrieben auch hier die Nazibanden, zunächst mit bloßen Fäusten. Dann wurden den braunen M o r d b a n d i t e n d i e W a f f e n e n t r i s s e n. Eine Reihe schwerverletzter Nazis wurden durch Krankenautos abtransportiert.

Die stürmischsten Auseinandersetzungen ereigneten sich in E l b e r f e l d. 400 SA.-Banditen marschierten in Gruppenkolonnen gegen das sogenannte P e t r o l e u m v i e r t e l, in dem fast ausschließlich Arbeiter wohnen. Wie signalisiert, waren plötzlich tausende Arbeiter auf der Straße. Als dann die SA.-Leute ihre Messer und Pistolen zogen, begann eine M a s s e n s c h l a c h t, die ihresgleichen seit den Tagen des Kapp-Putsches nicht mehr kennt.

Das S t r a ß e n p f l a s t e r wurde a u f g e r i s s e n. Unter dem Ruf: „Es lebe die rote Einheitsfront der Arbeiter gegen den Faschismus!" drangen tausende Arbeiter gegen die Nazischützen vor. In wenigen Minuten war der Angriff abgeschlagen. Die Nazis flohen in Windeseile aus dem Arbeiterviertel und verkrochen sich in alle verfügbaren Schlupfwinkel. Sie zogen ihre Uniformen aus und ließen sich dann unter Polizeischutz nach Hause bringen. Die Wut über die vorangegangenen Bluttaten der Notverordnungsknechte war so groß, daß die A r b e i t e r e i n S A.-H e i m s t ü r m t e n.

Insgesamt wurden bei diesen Kämpfen 1 4 7 S A.-L e u t e v e r l e t z t. Ein großer Teil mußte schwerverletzt in die Krankenhäuser geschafft werden. Ein SA.-Mann wurde bei den Kämpfen g e t ö t e t. Durch die ungeheure Massenkraft der antifaschistischen Einheitsfront gab es nur sehr wenig Verletzte unter den Arbeitern.

Im Anschluß an den Kampf bildete sich in den späten Abendstunden ein gewaltiger D e m o n s t r a t i o n s z u g von Reichsbanner- und Kampfbundarbeitern, SAJ.lern und Jungkommunisten. Die Straßen hallten wider unter dem ständigen Ruf:

„Der SA. gibt man die Tressen, doch wir haben nichts zu fressen!" „Es lebe die kämpfende rote Einheitsfront!"

Am Sonntag setzten sich die Kämpfe fort mit dem Erfolg, daß man jetzt keine uniformierten SA.-Leute und kaum noch jemand mit einem Hakenkreuz auf den Straßen in Wuppertal sehen kann.

Tausende Hungernde in den Straßen Waldenburgs

Massenversammlung im „Edelstein“ — 194 Arbeiter melden sich zum antifaschistischen Massenselbstschutz, 7 in den Kampfbund!

Waldenburg. Sonnabend früh erhielt die Partei durch das Polizeipräsidium die Nachricht, daß die für Nachmittag festgesetzte Demonstration verboten ist. Trotzdem fanden sich Tausende Hungernde ein, die von der Polizei abgedrängt wurden. „Hunger“ schallte es durch die Straßen. Das Kaufhaus Schocken schloß öfters den Haupteingang, weil man eine Plünderung vermutete. Selbst im Kaufhaus war Schupo stationiert. In der Sandstraße wurden einige Verhaftungen vorgenommen, darunter ein Reichsbannermann. Sogenannte „bessere Straßenpassanten“ äußerten, daß mit dem Polizeiknüppel der Hunger der Erwerbslosen nicht gestillt werden kann. Die Reichsbannerarbeiter waren über das Verhalten der Schupo empört und kritisierten in sehr sch… Form ihre Führer, die sie vom Kampf gegen Hunger und Elend zurückhalten. In Diskussionen sprachen sie über die Notwendigkeit der kämpfenden Einheitsfront.

Mitglieder der Hammerschaften warfen ihr Abzeichen auf die Straße mit der Bemerkung: „So ist es besser!“

Die Massen zerstreuten sich erst in den späten Abendstunden.

Um 19 Uhr fand im „Edelstein“ eine mächtige Versammlung der KPD. statt, in der Genosse Landtagsabgeordneter Sandtner, Breslau, referierte. Wuchtig prasselten die Schläge auf alle die nieder, die das Proletariat immer weiter ins Elend treiben und die Reichen auf Kosten der Werktätigen schlemmen lassen. Hunderte von Millionen werden aus den Aermsten der Armen durch Unterstützungsraub und neue Massensteuern herausgepreßt. Die Millionäre dagegen werden nicht belastet. Die Horden des Faschismus werden durch die fünfte Notverordnung legalisiert. Das Gebot der Stunde ist deshalb die rote Einheitsfront, um die Maßnahmen der Regierung zu durchkreuzen.

Die deutsche Arbeiterschaft hat Kapp-Lüttwitz und Cuno siegreich zurückgeschlagen und wird auch Hitler schlagen.

Einheitsfront, allerdings nicht in der Form eines Burgfriedens, wie sie die SPD. in fünf Punkten vorschlägt, sondern Einheitsfront gegen Notverordnungspolitik und Faschismus. Die Führer der SPD. sind nach wie vor für die Erhaltung des Kapitalismus. Der faschistische Terror wird nicht durch den Stimmzettel, sondern durch den einheitlichen Kampf im Betrieb und auf der Stempelstelle besiegt. In diesen Kampf müssen alle Arbeiter eingreifen.

Der Ruf muß durchs Land schallen: „Schluß mit dem Hungern. Wenn noch zu nehmen ist, dann soll den Reichen genommen werden. Frieden den Elendshütten, aber Kampf den Palästen. Der rote Massenselbstschutz muß das Land beherrschen. Nur die eigene Kraft wird uns helfen. Dann wird es nicht mehr heißen, Völker, hört die Signale, sondern: Auf zum letzten Gefecht!“

Die Ausführungen wurden öfters von starkem Beifall unterbrochen.

In den roten Massenselbstschutz ließen sich 191 parteilose Arbeiter eintragen, und dem Kampfbund gegen Faschismus traten sieben Arbeiter bei. Auch Frauen ließen sich in die Listen des Selbstschutzes eintragen. Eine Resolution, die mit Entrüstung Kenntnis nahm von dem Verhalten der SPD.-Fraktion des Preußischen Landtages in der Behandlung des Amnestieantrages, wurde angenommen.

Am Schluß der Versammlung brauste die Internationale durch den Saal. Jetzt heißt es, den proletarischen Massenselbstschutz weiter auszubauen. Arbeiter, hinein in die antifaschistische Front!

Anti-Kriegs-Aufgebot

der „Arbeiter-Zeitung“ vom 1. Juli bis 15. August

Trefft alle Vorbereitungen!

11 Arbeiter aus der Haft entlassen

Waldenburg. Montag früh wurden auf Grund der Amnestie 11 Arbeiter, die wegen politischen Delikten in Haft waren, aus dem Gerichtsgefängnis Waldenburg entlassen. Wir begrüßen diese Arbeiter in der Freiheit mit einem kräftigen „Rot Front!“

Solidarität — Solidarität!

Genossin Otte, Waldenburg, sammelte in kurzer Zeit für die „Rote Hilfe“ 16 Mark. Wer macht's nach?

Einheitsfront unter den Arbeitern

(Erwerbslosenkorrespondenz.)

Schweidnitz. Die Faschisten machen von sich zu reden, was Uniform, Benehmen und Kraftausdrücke betrifft. Sie wissen, daß „man“ ihnen nachsichtig begegnet. Wenn diesem provozierendem Benehmen nicht Einhalt geschieht, werden sich „Nachtmanöver der SA. in den Arbeiterstraßen“ entwickeln. Einem Genossen, der den Nazi keine Sympathie zeigte, schlugen einige Helden des Dritten Reiches, die Fensterscheiben kaputt, um ihre Strategie zu beweisen. Die Führer der „Eisernen Front“ sind scheinbar verreist, oder anderweit zu viel beschäftigt. Sie unternehmen nichts gegen die faschistische Gefahr. Innerhalb der „E. F.“ kriselt es; die Mitglieder sind bereit, mit Parteilosen und Kommunisten gegen den Faschismus zu kämpfen. Genossen im Reichsbanner und in der SPD., fordert von euren Führern, zu dieser Frage eine klare Stellungnahme. Entscheidet euch; seid euch bewußt, daß nur gemeinsamer Kampf aller Antifaschisten, den Faschismus beseitigen kann. Rote Einheitsfront ist das Gebot für jeden Marxisten und Sozialisten.

Einheitsfront als Produkt kampfgewillter Arbeitermassen

Kampfforderungen in Hermsdorf aufgestellt — Kampfausschuß aus SPD.- und KPD.-Arbeitern gebildet — Forderung eines SPD.-Funktionärs nach „Burgfrieden“ wird abgelehnt

Hermsdorf (Kynast Rsgbg.). Das hiesige Kultur- und Sportkartell hatte die Arbeiter zu einer gemeinsamen Versammlung aufgerufen, um den Weg zum gemeinsamen Kampf der SPD.-, parteilosen und KPD.-Arbeiter zu gehen. Die Versammlung war sehr gut besucht, ein Zeichen, daß der Wille der Arbeiter zur Einheit in starkem Maße vorhanden ist. Die Genossen Göbel (KPD.) und Ziegert (SPD.) sprachen über das Thema: „Wie schaffen wir die rote Einheitsfront aller Werktätigen zum Kampfe gegen Lohn-, Unterstützungsabbau und Faschismus?“

Genosse Göbel kennzeichnete an Hand von örtlichen Beispielen (Sagan, Waltershausen, Liegnitz, Nieder-Salzbrunn usw.) die unüberwindliche Kraft der werktätigen Klasse.

Genosse Ziegert von der SPD. versuchte den Versammelten einzureden, daß es notwendig ist, den Burgfrieden beider Parteien zu schließen. Er zeigte nicht auf, wie sich das Proletariat gegen die Notverordnungen der Papenregierung zu wehren hat. Er bezeichnete die Antifaschistische Aktion als „Kleinigkeit“ und stellte den „Burgfrieden der Parteien“ in den Vordergrund.

In der Diskussion sprach überzeugend Genosse Zigelsky. Er schilderte die Notwendigkeit der Schaffung des roten Massenselbstschutzes und Bildung eines Kampfausschusses. In demselben Sinne sprach der Vorsitzende des Erwerbslosenausschusses Genosse Breski.

Die Versammelten gelobten darauf für folgende Forderungen gemeinsam einzutreten:

1. **Kampf gegen jeden Lohn- und Unterstützungsraub.**
2. **Kampf gegen jede Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und der Sozialversicherung.**
3. **Gegen jede Notverordnungspolitik.**
4. **Kampf gegen jede Zwangsarbeit.**
5. **Kampf für tarifliche Löhne bei den Gemeindearbeiten.**
6. **Kampf gegen jeden faschistischen Terror.**

Zur Erfüllung dieser Forderungen sind Mittel vorhanden, indem eine Millionärsteuer eingeführt, der Abbau der Gehälter für Minister und hohe Beamte, die Einstellung der Zahlungen an die Hohenzollern und andere Fürsten vorgenommen wird.

Anschließend wurde ein Kampfausschuß gewählt, dem je ein Mitglied der SPD., SAP., KPD. und ein parteiloser Genosse angehören. Die kämpfende Einheitsfront ist nicht das Produkt eines Burgfriedens zwischen den Parteien, sondern es ist das Produkt der kampfgewillten Arbeitermassen.

Die hiesige Arbeiterschaft ist sich bewußt, daß, wenn jeder Arbeiter, auch der sozialdemokratische und gewerkschaftlich organisierte, gewillt ist, in roter Einheitsfront mitzukämpfen, die Erfüllung ihrer Forderungen keine Utopie ist, sondern reale Tatsache wird. Arbeiter von Hermsdorf, macht die werdende Einheitsfront zur Tat!

Erfolg bei den Elternbeiratswahlen

Hermsdorf u. K. (Rsgb.) Die in unserem Orte vorgenommene Elternbeiratswahl brachte der Liste „Proletarischer Schulkampf“ einen nicht zu unterschätzenden Erfolg. Trotz der Hetze des evang. Pastors, der die Kanzel dazu benützte, um für eine christlich unpolitische Liste Propaganda zu treiben. Trotz der Sabotage einiger Aucharbeitervertreter gelang es den klassenbewußten Arbeitern, zu einem guten Ergebnis zu gelangen. Von 420 Wählern gingen 297 zur Wahl. Davon entfielen auf die Liste „Proletarischer Schulkampf“ 101, auf die Gegenliste 196 Stimmen. Alles in allem ein guter Anfangserfolg.

Arbeitsgemeinschaftsübung der Arbeiter-Samariter im 8. Bezirk

Die Arbeitsgemeinschaft I des 8. Bezirks (umfassend die Kolonnen Schmiedeberg, Landeshut, Liebau und Rudelstadt) hielten am Sonntag in Schmiedeberg eine Gemeinschaftsübung ab. Zweck der Gemeinschaftsübung ist, ein einheitliches Arbeiten innerhalb der Kolonnen zu erzielen und zugleich den Technikern ein weiteres Arbeitsfeld zu bieten. Das Arbeitsprogramm der Uebung befaßte sich am Vormittag mit Anatomie, Verbandslehre, Trageübungen und Hauskrankenpflege. Die einzelnen Arbeitsgebiete wurden von den anwesenden Kolonnentechnikern geleitet. Den Vortrag über Hauskrankenpflege hielt die Gen. Reich, Schmiedeberg. Für den Nachmittag war eine Geländeübung vorgesehen, welche infolge der ungünstigen Witterung ausfallen mußte. Als Ersatz der Geländeübung wurde ein Deckeneinsturz im Saale des „Braunen Hirsch“ angenommen, wodurch es mehrere Verletzte gab. Die Samariter wurden nun alarmiert, die Verletzten zu bergen. Die Bergung ging glatt und sachgemäß von statten. Leitung und Kritik der Uebungen lag in Händen des Bezirkstechnikers. Zum Schluß dankte der Bezirkstechniker allen Kolonnenmitgliedern für ihr zahlreiches Erscheinen und ihre Mitarbeit.

Jede Betriebszelle

jede Ortsgruppen- und UB.-Leitung

berichtet

sofort über die geleistete Agitproparbeit im Mai, über Erfolge und Mißerfolge, Erfahrungen und neue Methoden. Schickt von jeder Zellen- und Ortszeitung, von jedem selbst herausgegebenen Flugblatt und Plakat 5 Belegexemplare. Teilt uns euren Arbeitsplan für den kommenden Monat mit!

BL. Schlesien der KPD., Agitprop.

*

Ortsgruppen, Achtung!

An alle Ortsgruppen ist das Landflugblatt zur Antifaschistischen Aktion ausgeliefert. Sofort abholen lassen. Das Flugblatt muß noch in dieser Woche verteilt werden.

Mitgliederversammlung der Baugewerkschaft Waldenburg

Reformistische Bürokratie hetzt gegen die Kommunisten — Trotz alledem müssen die Freigewerkschaftler den Schritt zur Einheit für die Antifaschistische Aktion tun

(Arbeiterkorrespondenz)

Waldenburg-Altwasser. Ueber die am 13. Juni stattgefundene Bauarbeiterversammlung der Baugewerkschaft Waldenburg in der „Stadtbrauerei“ Waldenburg berichtet uns ein Gewerkschaftskollege:

Die Versammlung war mangelhaft besucht. Um die Bauwerkskollegen überhaupt in einer Versammlung unterhalten zu können, mußte die Baugewerksleitung sich einen Kollegen aus der Tschechoslowakei holen, der uns die Verhältnisse der Baugewerkskollegen in der Tschechoslowakei schilderte. Sein Referat war ein lebloses Gerede. Die Kollegen wollten bestimmt etwas anderes hören, nämlich, wie man in dieser schweren Zeit aus der Sackgasse herauskommen wird, in die man uns hineingewirtschaftet hat. Der tschechische Kollege streifte in seinem Referat am stärksten die Lohnkämpfe. Unter anderem schwindelte er, daß ein kommunistischer Genosse Namens Durek, der Leiter des kommunistischen Industrieverbandes, einen Lohnraub von 25 Prozent gutgeheißen habe, weil keine Baukonjunktur war. Zugleich schilderte der tschechische Kollege Gebhardt, daß

die Baugewerkskollegen dort drüben in drei Bezirken gegen den Willen der Baugewerksleitung einen Streik mustergültig geführt haben.

Die Kollegen hätten allerhand auf Grund ihres guten Kampfes erreichen können, aber sie hatten Rücksicht genommen auf die Bezirke, die nicht mitstreikten. Unter anderem führte er aus, daß eine Einheitsfront mit der Kommunistischen Partei und deren Nebenorganisationen unmöglich wäre. (Mit den reformistischen Bonzen — allerdings!)

Die oppositionellen Kollegen traten gegen die Verleumdungen auf und betonten, daß sie mit jedem Kollegen bereit sind, ehrlich zusammen zu kämpfen. Unter Punkt „Verschiedenes“ teilte Bazil mit, daß ab 1. Juli die Baugewerkschaften Landeshut und Neurode mit Waldenburg verschmolzen und deshalb ein Wagen oder Motorrad gekauft werden müßte. Das Geld dazu gibt die Neuroder Baugewerkschaft. Dann erklärte er, daß die Baugewerkschaft Waldenburg mit dem VAV. Waldenburg einen Grubenbetriebsarbeitertarifvertrag zustande gebracht hätte. Der Lohn des Grubenbetriebsarbeiters beträgt jetzt 2 Pfg. über dem Bergarbeiterlohn. Außerdem stehen ihnen noch die zuständigen Wasserzuschläge zu.

Die Beitragsfrage wurde auch von einem Kollegen aufgerollt. Er forderte, die Beiträge auf den Stundenlohn herabzusetzen, was natürlich von der Leitung als unmöglich hingestellt wurde. Ein Kollege von der Opposition machte den Vorschlag, die Beiträge auf den Stundenlohn herabzusetzen, einstweilen den fehlenden Betrag von der Lokalkasse zu decken und sofort den Bundesbeirat mit der Regelung der Beitragsfrage zu beauftragen.

Dann kam der Fall Wiedemann zur Sprache. Ein Oppositionskollege führte die Sache nochmals an, daß doch die Handlungsweise von Wiedemann und von der Baugewerksleitung eine sehr schofle gewesen ist, da der RGO.-Genosse mit 30 Mark Geldstrafe oder sechs Tage Haft (wegen der Sammelliste) verurteilt worden ist.

Der Verlauf dieser Versammlung hat gezeigt, daß die Oppositionsarbeit innerhalb des Baugewerksbundes um ein Vielfaches verstärkt werden muß. Die freigewerkschaftlichen Kollegen sind bereit zur Einheit im Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsraub, gegen den Faschismus! Tretet daher überall und immer an sie heran, sie werden die Hand der revolutionären Arbeiter, die ihnen zum gemeinsamen Kampf geboten wird, nie ausschlagen!

Auf der ganzen Welt

nimmt man für Zigaretten über 5 Pfg. edle, echt macedonische Tabake. Wir nehmen sie auch für CLUB 3½, denn gute macedonische Tabake sind eben nicht zu ersetzen.

RUND UM DEN ERDBALL

Zigarren und Zigaretten mit Mordgeruch

Otto Marloh wirbt auf Grund der von ihm angeordneten Erschießung der 30 Matrosen im Jahre 1919 für seine Zigarren und Zigaretten — Nazi-Kube empfiehlt ihn

In unsere Hände ist ein Werbebrief des seinerzeitigen weißgardistischen Offiziers Marloh gelangt, der am 11. März 1919 unter dem Kommando Noskes 30 revolutionäre Matrosen in der Französischen Straße in Berlin erschießen ließ. Der Mann, der eine solche Vergangenheit als Arbeitermörder hat, befindet sich heute selbstverständlich in den Reihen Hitlers, weil er weiß, daß diese Partei seine Tradition fortsetzt, und rühmt sich seiner Taten. Ja, er verlangt, daß jeder Patriot auf Grund dieser seiner Taten nur bei ihm Zigarren und Zigaretten kaufen soll. Wir geben hier den Brief wörtlich wieder:

Otto Marloh
Altona-Gr. Flottbeck
Menzelstr. 12
D 9 3200

„Sehr geehrter Herr Parteigenosse!

Auf Veranlassung von Herrn Pg. Kube, M. d. L., bitte ich Sie, mein Kunde zu werden.

Mein Name wird Ihnen noch bekannt sein durch den Marloh-Prozeß 1919 wegen Erschießung der 30 Liebknecht-Matrosen, die ich als Freikorpskämpfer auf Befehl der Regierung bzw. meiner Vorgesetzten in der klaren Erkenntnis angeordnet hatte, daß ein Aufstieg Deutschlands nur nach Vernichtung des Bolschewismus möglich sei. Vier Monate schwere Untersuchungshaft, drei Monate Festung und 10 000 Mark und mehr Verlust durch die Prozeßkosten waren für mich das Ergebnis meines Einsatzes für Deutschlands Aufstieg.

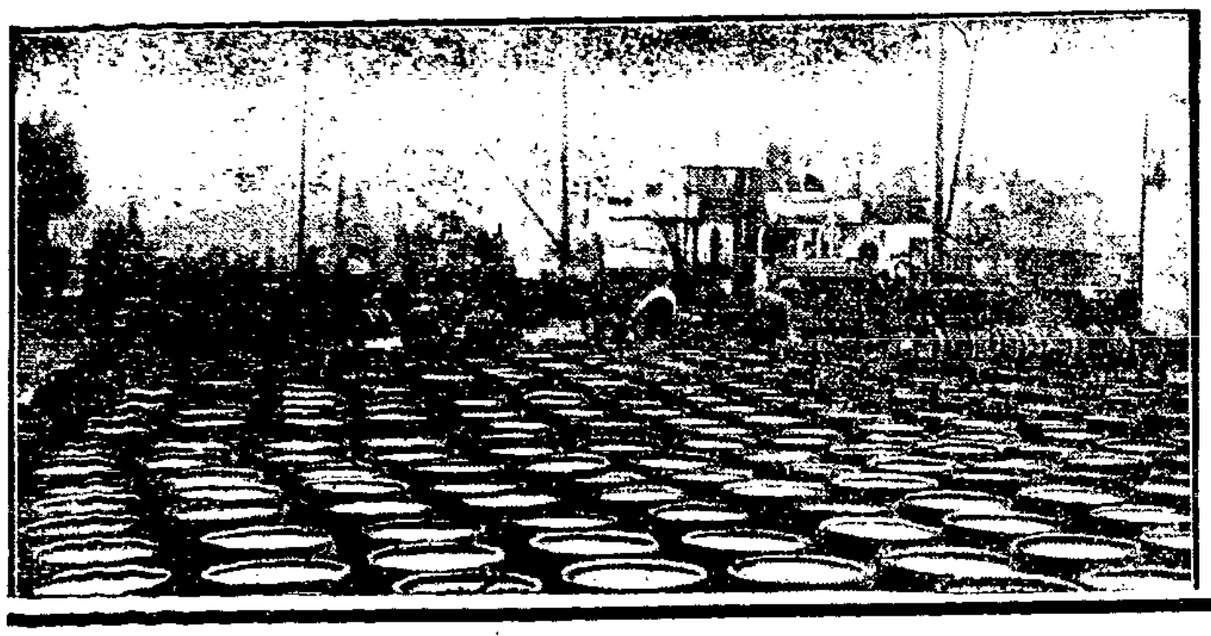
Nach dem Kapp-Putsch wurde ich verabschiedet. Als Polizeioffizier auf Betreiben des Innenministers Heine entlassen. Die Hetze der Marxisten gegen mich, wie Streikhetze usw., machten es mir unmöglich, in der Industrie unterzukommen. Ich ging dann zu einer Bank, arbeitete mich zum Bankvorsteher hoch, um 1924 wieder abgebaut zu werden.

Seitdem habe ich meinen Zigarren- und Zigarettengroßhandel, um für Frau und fünf Kinder den Lebensunterhalt zu finden. Das Geschäft entwickelte sich bei Fleiß und Ausdauer gut, da weite Kreise sich veranlaßt sahen, von mir zu beziehen. So sind z. B. die Stülckenwerft, Blohm & Voß, Siemens-Schuckertwerke und viele nationale Männer nicht nur meinetwegen, sondern auch der billigen und guten Sachen wegen meine Kunden.

Meine schweren Kriegsschäden (etwa 80 Prozent erwerbsunfähig), Verlust des rechten Unterarms und schweren Kopfschuß, durch den ich an epileptischen Anfällen leide, behindern mich in der Ausübung meines Geschäftes stark.

Mit deutschem Gruß und Hitler Heil!
gez. Marloh."

Dieser Brief spricht für sich und bedarf keines Kommentars. Der Naziführer Kube unterstützt ihn und weiß warum. Dann was Marloh damals unter dem Kommando des Sozialdemokraten Noske tat, das setzen die Nazis heute in großem Maßstabe fort. Gerade daran, daß Nazi-Kube Marloh empfiehlt, kann jeder Arbeiter erkennen, wer die Nazipartei ist.



Ein Bild von Danzigs Wirtschaftsnot

Bekanntlich versucht Polen mit allen Mitteln, den Danziger Hafen zur völligen Bedeutungslosigkeit zu verurteilen, indem es den benachbarten polnischen Hafen Gdingen durch eine besondere Steuer-, Tarif- und Zollpolitik bevorzugt. So kommt es dann — wie auch unser Bild berichtet —, daß Waren, wie hier tausende Tonnen mit Heringen, wochenlang im Hafen lagern, ehe sie verladen werden dürfen.

Das Aufbauwerk im Ural in bürgerlicher Beleuchtung

Einige Zahlen und Daten des grandiosen sozialistischen Aufbauwerkes

Im „Berliner Tageblatt" vom 21. Juni schildert der Korrespondent dieser Zeitung, Gunther Stein, der sich gegenwärtig im Ural befindet, unter der Ueberschrift „Neues Leben im Ural" das ungeheure Aufbauwerk, das sich dort unter der Diktatur des Proletariats vollzieht. Wir entnehmen dieser Schilderung einige Abschnitte, die wir hier wörtlich wiedergeben:

Und heute sieht man, daß dieses neue Leben stürmisch begonnen hat. Neu, und so ganz anders, wie es niemals vorauszusehen war. Ein Leben, das sehr weit vom paradiesischen entfernt ist, aber ein Leben von imposantem Tempo und Zielbewußtsein. Im Südwesten, in Swerdlowsk, der Hauptstadt des riesigen Ural-Gebietes, das zweieinhalb mal so groß ist wie Deutschland, arbeitet der neue Motor dieses jungen Lebens, der weit in den Norden des Gebietes hinauf, bis nach dem Eismeer, unerschlossene Gebiete in den Kreislauf der Wirtschaftsrevolution hineinziehen will. Mit 40 000 Einwohnern blieb es jahrzehntelang im Schlaf; 1928 war seine Bevölkerung verdreifacht, und heute beträgt sie 400 000 Menschen.

Andere Großstädte wachsen im Ural in wenigen Jahren aus der Erde. Da waren an einer Stelle in der Steppe 1925 drei armselige Kirgisenhütten, und heute steht an diesem Platz die Stadt Magnitogorsk mit 100 000 Einwohnern; in zwei weiteren Jahren sollen in diesem neuen Hochofenzentrum 150 000 Menschen wohnen. Die nagelneue Chemiestadt Bereniki ist für 150 000 geplant und beherbergt heute schon 50 000. Beide haben den Betrieb bereits aufgenommen, wenn auch mit manchen Schwierigkeiten und Verbauungen. In Perwo-Uralsk arbeiten seit einiger Zeit 5000 Leute am Bau riesiger Fabriken, am Bau einer Wohnstadt, in der bald 150 000 Leute seßhaft sein sollen. In Krasno-Uralsk, ebenso groß geplant, entstand auf gerodetem Urwaldterrain eine Stadt, in der bereits 25 000 Menschen wohnen. Slato-Ust, ein gewaltig wachsendes Zentrum für Qualitätsstahl, soll aus einem Dorf zu einer Stadt von 200 000 Menschen werden. Und so ließen sich noch mehrere heranwachsende Zentren anführen, in denen gewaltige, unvergleichliche Bodenschätze auf Millionen von Menschen warten, die in kurzer Zeit den Ural zu einem der wichtigsten Schwerindustriezentren der Sowjetunion machen sollen. Alle Voraussetzungen sind vorhanden, sogar die militärgeographischen; denn der Ural liegt fern von allen Grenzen, fern vom Rekordradius jedes fremden Flugzeuges. In seiner Entwicklung sehen die Sowjets ihre wichtigste Industrieaufgabe.

So stehen die Planziffern hier noch weniger als anderswo auf dem Papier, werden sie fast in jeder Hinsicht noch übertroffen. Die Stadtbewohner des Ural machen heute 31 Prozent der Bevölkerung aus. 1925 waren es 23 Prozent, und gleichzeitig nahm das Uralvolk um ein Viertel zu, durch Einwanderung aus anderen Sowjetgebieten. Die Investitionen in die junge Schwerindustrie des Gebietes betrugen während des ersten Fünfjahrplans drei Milliarden Rubel, was nach den Angaben deutscher Spezialisten etwa zwei Milliarden Reichsmark bei deutschen Preisverhältnissen gleichkäme. Und in diesem Jahre, in dem erst ein Bruchteil der Werke in Betrieb ist, soll eine Produktion von eineinhalb Milliarden Rubeln erzielt werden. Schon 1931 erzeugte allein die Ural-Schwerindustrie mehr als vor dem Kriege die gesamte Schwerindustrie des Zarenreiches, bei der der Ural bereits die größte Rolle spielte! Für die großenteils unerfahrenen, bäuerlichen Betriebsarbeiter, denen deutscherseits das Zeugnis großen Lerneifers und langsam-stetiger Lernerfolge ausgestellt wird, sind überall Betriebsschulen, technische Mittel- und Hochschulen gebaut worden, und bereits jetzt soll jeder zweite Arbeiter an der einen oder anderen Art des Unterrichts teilnehmen. Denn ihre bisherige Primitivität ist, neben den Transportsorgen, das größte Aufbauhindernis.

★

Die Hauptstadt wurde vor mehr als 200 Jahren von Katharina der Großen gegründet und hieß nach ihr Jekaterinburg. Sie war eines der Zentren der Revolution und erhielt ihren neuen Namen von dem verstorbenen Swerdlow, von dem man sagt, daß er der beste Wirtschaftsorganisator des jungen Bolschewismus gewesen sei. Wie die Stadt die Namen revolutionär geändert hat, so erinnert auch ihr Aussehen nicht mehr an ihre beschauliche Vergangenheit. Swerdlowsk hat keine einzige Kirche mehr, worauf es stolz ist. Wo die Kirchen nicht verwertbar schienen oder wo sie die Stadtentwicklung störten, sind sie gesprengt und abgerissen worden. Oder sie wurden zu Schulen und Speisehäusern für die Arbeiterschaft umgebaut. Durch die neugepflasterten Hauptstraßen des ehemaligen Provinznestes gehen Straßenbahnen und Autobusse. Neben alten Holzhäusern wachsen alle paar Schritte — chaotisch-imposant — neue, meist schöne Zweckbauten und Wohnhäuser, quadratisch oder rund, in Stein, auf Stahlkonstruktion, mit Beton, aus dem Boden — so wie es während der Konjunktur in den Vereinigten Staaten und in Kanada geschah. Eine Stadt im Neubau, im Umbau, im Rohbau, die sich mit dem Bau eines riesenhaften Maschinenfabrik-„Kombinats" für 100 000 Menschen, mit dem Bau einer Studentenstadt für 20 000 proletarische Akademiker mit allen ihren Universitäten, mit der Errichtung von Krankenhäusern, Schulen und Arbeiterklubs in den dichten Wald rings um das alte Zentrum hineinfrißt; ein Wachsen, das die alte Stadt schon heute erdrückt und überwuchert.

So spricht ein bürgerlicher Journalist über die Leistungen der Sowjetunion, erzählt er davon, wie unter Führung der Arbeiterklasse sich Steppen und Wüsteneien in gewaltige Unternehmungen verwandeln, wie überall neues Leben ersteht.

Mord an einer 16jährigen

Bellahn, 21. Juni. In einem kleinen Anwesen bei Bellahn in der Nähe von Boitzenburg wurde gestern ein Kapitalverbrechen, ein bestialischer Mord an der sechszehnjährigen Hilde Möller, entdeckt. Die Kriminalpolizei und der Oberstaatsanwalt aus Schwerin befinden sich zur Zeit noch am Tatort.

Von einer kleinen Geschäftsreise zurückgekehrt, fand gestern das Ehepaar Möller ihre Tochter mit einem Beil erschlagen im Garten unter einem Gebüsch auf. Das Mädchen hielt sich den ganzen Tag allein im Hause auf, da es während der Abwesenheit der Eltern die Wohnung hüten mußte. Gegen halb sechs Uhr hatten Nachbarn beobachtet, daß ein Landstreicher an der Gartentür des Hauses mehrere Male klingelte, ohne daß ihm von der Hilde Möller geöffnet worden war. In der Annahme, das Haus sei unbewacht, war er wohl eingebrochen und in das Haus eingedrungen.

Großer Einbruchsdiebstahl in Erfurt

TU. Erfurt, 21. Juni. In der Nacht zum Dienstag warfen unbekannte Täter die Schaufensterscheibe eines Erfurter Juweliergeschäfts ein und entwendeten aus den Auslagen eine große Anzahl von Gegenständen, darunter allein über 100 goldene Ringe mit wertvollen Steinen und Perlen. Auch die Schaufensterständer nahmen sie mit. Der Juwelier, der nicht versichert ist und durch den Einbruch einen großen Schaden erlitt, hat für die Ergreifung der Täter und die Wiederherbeischaffung des gestohlenen Gutes eine Belohnung ausgesetzt. Wie die polizeilichen Ermittlungen ergaben, muß sich der eine Täter bei dem Raub an der linken Hand eine Verletzung zugezogen haben.

Schwere Bluttat

Zwei Tote

Marl, 21. Juni. Auf der Diele seines Hauses fand ein Landwirt aus Marl seine vierzehnjährige Tochter Maria tot auf. Das Mädchen war durch einen Schuß in die Schläfe getötet worden.

Wenige Schritte entfernt lag gleichfalls tot der 23jährige Dienstknecht Newy. Die Ermittlungen der Polizei haben ergeben, daß Newy das Mädchen und dann sich selbst getötet hat. Aus einem hinterlassenen Brief geht hervor, daß die Tat auf Liebeskummer zurückzuführen ist. Dem Täter war vor einem halben Jahr die Stellung gekündigt worden, der Hofbesitzer hatte ihn jedoch aus Mitleid behalten.

Militärflugzeug abgestürzt

Piloten am Leben, Passant getötet

In Rumänien stürzte ein Militärflugzeug über einem Truppenübungsplatz ab. Trotzdem der Sturz aus 3000 Meter Höhe erfolgte, blieben die beiden Insassen unverletzt. Dagegen wurde ein Kavalleriesoldat, dessen Pferd vor dem fallenden Flugzeug scheute und den Reiter abwarf, unter der Maschine begraben.

Wirbelsturm im Elsaß

Der Sundgau im Elsaß wurde gestern von einem Wirbelsturm heimgesucht. Hunderte von Bäumen wurden entwurzelt und viele Häuser abgedeckt. In Uffheim wurden fünf Scheunen eingerissen. Der Schaden, den das nur wenige Minuten andauernde Wetter angerichtet hat, wird auf mehrere Millionen geschätzt.

Bootsunglück in Ostpreußen

Auf der Mitte des Rheinersees in Ostpreußen kenterte ein Motorboot mit sechs Insassen aus Rhein auf der Heimfahrt von einem Ausflug. Der Besitzer des Bootes, der Justizobersekretär Waschlanka, der Kaufmann Podbielski und eine Gutsbesitzerstochter ertranken. Die übrigen Fahrgäste, die sich an das Boot klammerten, konnten gerettet werden.

Todessturz in den Bergen

Drei Touristen aus Linz a. D. stürzten am Erlakogel am Traunsee 400 Meter ab. Die Abgestürzten waren sämtlich auf der Stelle tot.

Im Kajak zum Nordkap

Zwei Deutsche trafen aus Hamburg in einem Kajak in Skagen ein. Sie wollen weiter über Göteburg und Christiansand bis zum Nordkap fahren. Skagener Schiffer halten das Wagnis für tollkühn.

Großfeuer in Kobe

Die Stadt Kobe wurde am Montag von einem Großfeuer heimgesucht. Im Geschäftsviertel der Stadt wurden 70 Gebäude, darunter große Handels-, Büro- und Klubhäuser, vollkommen eingeäschert. Die Polizei glaubt, daß es sich um Brandstiftung handelt.

Der Kindestausch vor Gericht

GR. **Gladbach-Rheydt**, 21. Juni. Am Dienstagvormittag fand Termin in dem Prozeß um die vertauschten Kinder statt, zu dem sich eine ganze Anzahl von Zuhörern eingefunden hatten. Die erwartete Sensation blieb jedoch noch aus, doch ergab sich, daß nun bald eine Erklärung erfolgt. Die beiderseitigen Rechtsvertreter ließen nämlich die Sache zum Spruch stellen, so daß vom Gericht demnächst eine Entscheidung verkündet wird.

In 29 Stunden von Paris nach Teheran

TU. **Paris**, 21. Juni. Den beiden französischen Militärfliegern Girier und Hauptmann Rignot ist es gelungen, die fast 5000 Kilometer lange Strecke Paris—Teheran ohne Zwischenlandung in 29stündigem Flug zurückzulegen. Die beiden Flieger waren am Sonntagmorgen an Bord eines Militärflugzeuges in Paris gestartet und landeten am Montagnachmittag in der persischen Hauptstadt.

Breslau

Breslau, 22. Juni.

Im Kampf bildet sich die rote Einheitsfront

„Fertigmachen nach Palästina Goebbels!" — und auch kein weiteres Wort mehr kann man auf einem großen Plakat am Matthiasplatz lesen; alles andere ist mit schwarzer Farbe übermalt. Stände neben dieser Parole auch ein Bildnis des „reinrassigen" Josef, so würde jeder treue Hitlerknappe den tiefen Sinn des Satzes erfassen und Herrn Goebbels zu einer Auswanderreise verhelfen. An der Klagemauer in Jerusalem würde Josef Goebbels ohne weiteres als reinrassig anerkannt werden. Um die Litfaßsäule stehen Arbeiter und Arbeiterfrauen in großer Zahl und diskutieren über den Naziterror, der für Mittwoch und die nächsten Tage angesetzt ist. Ein Jungkommunist sagt zu seinem Kollegen grinsend: „Du, schwarz uff gelb macht sich schön . . ." und zeigt auf das „angestrichene" Plakat. Reichsbannerleute, SAP.- und KPD.-Genossen sind sich diesmal in dieser Frage einig, daß es gilt, die Straße zu verteidigen, die Arbeiterklasse zu schützen und ihre Organisationen und deren Einrichtungen vor dem Ueberfall der braunen Mordpest zu sichern.

So wie hier, so sieht man an sehr vielen Litfaßsäulen und Straßenecken große Diskussionsgruppen. Es sind solche Gruppen von 200 bis 300 Personen am Montag und Dienstag in den Straßen Breslaus gesehen worden. Die Arbeiterschaft begreift ganz deutlich, daß es jetzt um alles geht. Die sich bildende rote Einheitsfront erweitert sich von Tag zu Tag und der Wille zur Antifaschistischen Aktion ist stärker als alle Sabotageakte der reformistischen ADGB.- und SPD.-Führer. Die Arbeiterschaft Breslaus wird sich gegen den Terror der braunen Mordpest zu wehren wissen.

Der Nazi-Terror beginnt!

Gestern abend kam es bereits am Ring und in der Ohlauer Straße zu neuen Zusammenstößen. Hier hatten die Nazibanditen wiederum die Arbeiter provoziert, um sie dann hinterhältig niederzuschlagen. Jedoch die Arbeiter haben aus den Vorkommnissen der letzten Tage sehr viel gelernt und verstehen die Angriffe der braunen Terrorbanden abzuwehren.

Die „Schlesische Zeitung", daß Organ der Großindustriellen und Krautjunker, macht aus obiger Tatsache einen „wohlorganisierten Ueberfall des Reichsbanners." Die Arbeiterschaft weiß diese bewußten Lügenmeldungen entsprechend einzuschätzen, und wird sich dadurch nicht abhalten lassen, den Kampf um die Straße weiterzuführen und den Naziterror zu brechen.

Vorbildliche Arbeit einer jungen Arbeiterin

(Jungarbeiterinnenkorrespondenz.)

Eine Genossin (jüngeres Mitglied), die im Betrieb P., Breslau-Ost, beschäftigt ist, hat aus eigener Initiative im Betrieb einen Vorstoß gemacht und bei einer Belegschaft von etwa 20 Personen vergangene Woche 10 „Die Kämpferin", einige Broschüren und Zeitungen verkauft, so daß auf jedes Belegschaftsmitglied mindestens ein Exemplar entfällt. Die Zeitungen, insbesondere „Die Kämpferin", fanden begeisterte Aufnahme unter den Frauen und sie verlangen sie laufend wieder. Einige Abonnenten für die „Arbeiter-Zeitung" konnte die Genossin ebenfalls dort werben.

Dies ist ein leuchtendes Beispiel und zeigt, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter trotz ihrer Hungerpfennige, die sie verdienen, ihre revolutionäre Waffe, die „Arbeiter-Zeitung", verlangen.

Die „nationalen" Macher der Haus- und Grundbesitzerbank

(Angestelltenkorrespondenz)

Die Haus- und Grundbesitzerbank auf der Graupenstraße macht in ihrem Aeußeren einen sehr soliden Eindruck. Doch kursieren um dieselbe allerhand Gerüchte, wonach dieselbe nicht mehr sehr stark fundiert sei. Diese Gerüchte erhalten noch durch eine Bestätigung, daß in der letzten Zeit dem Personal gekündigt wurde. Von dieser Kündigung wurden sogar Angestellte betroffen, die schon mehrere Jahre in den Diensten derselben stehen. Um so größer war daher das Erstaunen der Angestellten, als der Tscheche A u g u s t i n trotz dieser Kündigungen weiter beschäftigt wurde.

Wir stehen durchaus nicht auf dem Grundsatz der Nazis, die da vor Blödheit rufen: „In Deutschland nur den Deutschen Arbeit", aber das Gebahren der Haus- und Grundbesitzerbank erfordert die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit. Die Kreise der Haus- und Grundbesitzerbank stehen politisch der Wirtschaftspartei nahe. Und die Wirtschaftspartei kann sich in ihrem Programm nicht genug ihres „Nationalgefühls" rühmen. Doch die Praxis beweist, daß dieses „Nationalgefühl" nichts als eine üble Phrase ist.

Der Verwaltungsdirektor des Stadttheaters in „Urlaub" gegangen

Wie durch Pressemeldungen bekannt wird, hat der Verwaltungsdirektor des Breslauer Stadttheaters eine „Urlaubsreise" angetreten, nach dem er in seiner Kasse eine Mehrausgabe von 17 000 Mark zurückgelassen hat. Eine Prüfung der Kassenverhältnisse hat ergeben, daß 5000 Mark nicht ordnungsmäßig belegt werden können. Angeblich soll der flüchtige Direktor nirgends aufzufinden sein. Wäre es ein Prolet, dann hätte man ihn schon längst.

Lichtbildervortrag der „Masch"

Donnerstag, den 23. Juni, 20 Uhr, findet im Lokal „Oderstrom", Uferstraße 18 ein L i c h t b i l d e r v o r t r a g mit dem Thema: Z w e i W e l t e n, z w e i S y s t e m e statt, Referent Gen. F e l s e n. Auftreten der Agitproptruppe der Masch. Eintritt: Vollarbeiter: 15 Pfg., Erwerbslose 10 Pfg.

Scheitniger Erwerbslose, heraus zur Versammlung!

Heute um 14 Uhr findet im „Oderstrom" in der Uferstraße eine Erwerbslosenversammlung statt. Das Thema lautet: „Wie stehen die Erwerbslosen zur neuen Notverordnung?" Restlos müssen die Erwerbslosen in dieser wichtigen Versammlung erscheinen.

Kampfausschuß und Erwerbslosenausschuß Scheitnig.

Monistische Gemeinde Breslau e. V.

Ortsgruppe des Volksbundes für Geistesfreiheit

Mittwoch, den 22. Juni, 20 Uhr, Vortrag im Saale Grünstraße 11/16. Redner: Em. Macht. Thema: „Aus dem Panoptikum der Religion". Eintritt für Mitglieder frei. Gäste 20 Pfg., Erwerbslose 10 Pfg.

Straße frei für die Breslauer Arbeiterschaft

Bildet den roten Massenselbstschutz! — Schützt die Arbeiterorganisationen und ihre Einrichtungen!

Breslau. Wir berichteten gestern bereits über den für heute angedrohten Naziterror, der anläßlich einer Nazi-Kundgebung sich heute hier in Breslau breitmachen soll. Die an den Litfaßsäulen klebenden Nazi-Plakate, deren Inhalt eine direkte Aufforderung zum Arbeitermord enthalten, haben die gesamte Arbeiterschaft zur Abwehr gegen die Mordgesellen aufgerufen. Die Arbeiterschaft Breslaus hat keine Lust, die Dinge hier in Breslau wiederholen zu lassen, die sich in Frankfurt a. d. O., in Düsseldorf und vielen anderen Orten bereits abgespielt haben. Seit einigen Tagen sind die Straßen belebt von den Proletariern, die aus den letzten Ereignissen in Breslau gelernt haben. Was die Faschisten für die nächsten Tage alles planen, geht aus nachstehendem Bericht hervor, den wir aus zuverlässiger Quelle erhielten.

Die schweren Zusammenstöße am vergangenen Sonntag in ganz Deutschland zwischen provozierenden SA.-Banden und Arbeitern sollen nunmehr auf Schlesien und besonders Breslau übertragen werden.

Was planen die Hitlerfaschisten und Stahlhelmer für heute und die folgenden Tage? Hört zu:

Heute, Mittwoch, den 22. Juni, unternimmt die Breslauer SA. mit Provinzverstärkung einen Propagandamarsch um 19,30 Uhr vom Schloßplatz. Vor dem Schloßplatz-Abmarsch sollen die SA.-Leute geschlossen durch den proletarischen Westen ziehen.

Arbeiter aller Parteirichtungen, seid wachsam! Schon einmal hat vor wenigen Tagen der Westen Breslaus gezeigt, daß für Hitlerbanditen dort kein Platz ist. Seid wachsam und schützt euch und euer Eigentum vor Ueberfällen. Nehmt euch ein Beispiel an Wupperthal! Dann zieht die SA. nach der Jahrhunderthalle, um 22 Uhr wieder Rückmarsch nach dem Schloßplatz. Auch hier wird sicher kein Ruhestörungsparagraph angewendet werden.

Freitag, den 24. Juni, soll eine Versammlung in der Schlachthofbörse stattfinden. Auch hier soll die Arbeiterschaft des Westens provoziert werden.

Sonnabend soll mit der SA. zusammen ein Stahlhelmfackelzug stattfinden.

Am Sonntag, dem 26. Juni, soll der 1. Stahlhelmbundesführer Seldte im Schießwerder sprechen.

Mittwoch, den 29. Juni, erneuter Rummel auf dem Schloßplatz.

Auch andere Demonstrationen sind von der SA. und dem Stahlhelm vorgesehen; u. a. Abholung des Seldtefritzen vom Hauptbahnhof durch eine Ehrenkompagnie etc.

So sieht der „Speisezettel" der Nazi-Stahlhelmeriche, der Knüppelgarde der Industriebarone und Junker, aus, die es darauf anlegen, die Arbeiterschaft zu provozieren und niederzuschlagen. Obgleich für ganz Preußen das Demonstrationsverbot besteht, und wie am Sonntag erst wieder bewiesen wurde, die Polizei rigoros gegen die Arbeiter, die es wagen, an diesem Verbot zu rütteln, vorgeht, war am Donnerstag den SA.-Banden zu demonstrieren gestattet. Da durften sie ungehindert fast den ganzen Tag die Straßen einnehmen und die proletarischen Schichten mit ihren SA- und SS-Liedern und ihrem „Heil-Hitler"-Gebrülle provozieren. Doch in dem Augenblick, wo sich die Proleten ohne Unterschied der Partei zum roten Massenselbstschutz, zum Schutz ihres und ihrer Organisationen Eigentum zusammenfinden, wo die Arbeiterschaft zum Ausdruck bringt, daß sie nicht gewillt ist, sich terrorisieren zu lassen, erst dann verbietet die Polizei den Nazi-Aufmarsch und gibt nachstehende Pressenotiz heraus:

„In den letzten Tagen haben politische Vereinigungen zu Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel durch Plakate und Flugblätter aufgerufen. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß Aufzüge und Versammlungen unter freiem Himmel von politischen Parteien und Organisationen auf Grund der Anordnung des Ministers des Innern vom 31. 10. 1931 verboten sind. Die Aufforderung zur Teilnahme an solchen verbotenen Veranstaltungen durch Flugblätter, Plakate und sonstige Druckschriften ist gemäß Paragraph 111 des StGB. in Verbindung mit Paragraph 14 Abs. 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. 6. 1932 strafbar. Gegen die Schuldigen wird ein Strafverfahren eingeleitet werden. Die bisher von politischen Vereinigungen bekanntgegebenen, angemeldeten Aufzüge und Versammlungen unter freiem Himmel sind verboten worden. Auf Grund dieser Tatsache wird die Bevölkerung gebeten, sich von allen von politischen Vereinigungen etwa veranstalteten Aufzügen und Versammlungen unter freiem Himmel fernzuhalten, um sich vor Bestrafungen und Gefahren zu schützen. Die Polizei wird unter allen Umständen gegen die Teilnehmer an derartigen verbotenen Veranstaltungen einschreiten."

Diese Pressemeldung des Polizeipräsidenten richtet sich mehr gegen die zur Abwehr bereite Arbeiterschaft als gegen die Bürgerkriegsarmee Hitlers, die offen ihre Pogromhetze gegen die Arbeiterführer betreibt.

Die Arbeiterschaft Breslaus muß ihre Einrichtungen schützen. Vor wenigen Tagen wurde ein Angriff auf das RB.-Büro unternommen, einige Tage darauf hatten die Hitlerbanditen einen Ueberfall auf die Redaktion und Druckerei der „Arbeiter-Zeitung" geplant. Nur durch die Mobilisierung der werktätigen Massen ist dieser vorbereitete Anschlag verhindert worden. Aus allen Gegenden Deutschlands kommen Meldungen von Naziüberfällen auf Arbeitereigentum und Arbeiterführer. Deshalb lautet das Gebot der Stunde:

Wehrt euch gegen den faschistischen Mordterror!

Verteidigt die Proletarierviertel und Straßen gegen Ueberfälle!

Schließt euch zusammen im roten Massenselbstschutz zum Schutz der gesamten Arbeiterklasse, ihrer Organisationen und ihrer Einrichtungen!

Heraus zur Antifaschistischen Aktion!

Werbeerfolge der Masch in Kawallen

Die am Freitag von den Friedewaldener und Kawallener Genossen und der „Masch" durchgeführte Versammlung, in der über das Thema „Imperialistischer Krieg und Antifaschistische Aktion" und über die marxistische Schulungsarbeit gesprochen wurde, war ein voller Erfolg. Nach reger Diskussion traten weitere zwölf Sympathisierende dem bereits gebildeten roten Massenselbstschutz bei. Eine Anzahl Broschüren wurden verkauft. Es wurde beschlossen, einen Schulungskursus durchzuführen, an dem sich unter anderem sozialdemokratische und parteilose Arbeiter beteiligen werden. Die „Masch" macht es sich zur Aufgabe, von jetzt an regelmäßig die Vororte von Breslau aufzusuchen, um auch dort die so notwendigen Schulungskurse zu organisieren und abzuhalten.

RGO.-Mitglieder Breslaus! Haltet eure Mitgliedskarten in Ordnung!

Am 23. Juni Buchkontrolle aller RGO.-Mitglieder Breslaus. Jede Mitgliedskarte wird durch das Bezirkskomitee kontrolliert und abgestempelt. Mitgliedskarten, die bei der Buchkontrolle nicht vorgelegt und abgestempelt werden, verlieren ihre Gültigkeit. Die Hauptkassierer der E.-Gruppen müssen die Mitgliedskarten durch die Unterkassierer einziehen und einschl. Karthothekkarten am 23. Juni von 9 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags zur Kontrolle der Abteilung Kasse des Bezirkskomitees vorlegen.

Die Hauptkassierer der Betriebsgruppen müssen gleichfalls die Mitgliedskarten durch die Unterkassierer einziehen und einschl. Kartothekkarten in der Zeit von 18 Uhr bis 21 Uhr zur Kontrolle der Abteilung Kasse des Bezirkskomitees vorlegen.

Mitgliedskarten und Kartothekkarten werden den Genossen am selben Tage sofort zurückgegeben.

Bezirkskomitee der RGO., Sekretariat, Abt. Kasse.

Wohin am Sonnabend, dem 25. Juni?

Mit der Marxistischen Arbeiterschule eine D a m p f e r f a h r t nach Margaret, verbunden mit p r o l e t a r i s c h e r S o n n e n w e n d f e i e r unter Mitwirkung einer Schalmeienkapelle und der Agitproptruppe der Masch. Abfahrt abends 8 Uhr von der Haltestelle Freiheitsbrücke. Fahrpreis 70 Pfg., Kinder 30 Pfg. Karten sind im Büro der Masch, Blücherstraße 11, und allen Büros der proletarischen Organisationen zu haben.

„Tüchtige" Aerzte und ein „Stellvertreter Gottes" auf Erden!

Hermannsdorf. Der Ziegeleiarbeiter Alois L e o p o l d stürzte eines Abends, als er nach Beendigung der Arbeitszeit nach Hause fuhr, vom Rade und zog sich dabei schwere innere Verletzungen zu. Wie es nun einmal bei einem kranken Proleten ist, er wird gleich zum Vertrauensarzt gejagt. Am 9. Juni sagte ihm der Dr. Wolff, der ihn als Vertrauensarzt untersuchte, wenn er binnen 10 Tagen noch nicht arbeiten kann, muß er wieder zur Nachuntersuchung. Herr Dr. Wolff als Vertrauensarzt, d e r A r b e i t e r L e o p o l d k a n n n o c h n i c h t u n d ü b e r h a u p t n i c h t m e h r a r b e i t e n, denn einen Tag bereits nach Ihrer Untersuchung bekam der Kranke hohes Fieber und am 13. Juni ist er gestorben! Der Arbeiter hinterläßt vier Kinder, wovon eins aus zweiter Ehe 6 Wochen alt ist.

An der Bahre sprach ein Vertreter der Kommunistischen Partei — Leopold war Freidenker — der zeigte die Zwiespältigkeit der Priester und den Widersinn der kapitalistischen Wirtschafts„ordnung". Am Grabe sprach trotz alledem der Pfarrer Schumann aus Neukirch von den „Sünden" (Leopold hatte 12 Jahre in einer Ziegelei gearbeitet) und sagte, wenn jemand auf dem Kirchhof spreche, er ihn gerichtlich verfolgen lasse. Darauf erschallten Pfuirufe der Anwesenden. Eine ältere Frau sagte: „Dieser Priester müsse sich für sein Verhalten vor dem 6 Wochen alten Kinde des Verstorbenen schämen." Werktätige von Hermannsdorf, zieht daraus eure Schlußfolgerungen. Die beste Antwort ist: **Heraus aus der Kirche!** Der Pfarrer kann sich mit seiner verrosteten „Seele" alleine beschäftigen.

Sonderbare Lehrmethoden des Schullehrers Erbe

Verständliche Erregung in der Elternschaft

(Arbeiterkorrespondenz)

Niklasdorf, Kr. Strehlen. Eine ganz besondere Pädagogenblüte ist der Schullehrer E r b e von hier. Mit Entstehen der reaktionären Regierung v. Papen verlangte E r b e von seinen Schülern die Nennung aller Minister in einem Schulaufsatz. Diesem höchst sonderbaren Wunsche sind viele Kinder auf Geheiß ihrer Eltern nicht nachgekommen. Es kommt aber noch besser. In den letzten Tagen stellte E r b e an seine Schüler die Frage: „Welcher Mund küßt süß?" Es erscheint verständlich, daß hier die Schüler in arge Verlegenheit um eine Antwort gerieten und diese Frage unbeantwortet blieb. Lehrer Erbe erteilte nun selbst die Antwort, indem er sagte: „Der litzlige Mund küßt süß", und ließ diese Antwort den Schüler B. nicht weniger wie vierzigmal in seinem Aufsatzheft wiederholen, da dieser die Antwort nicht gleich zu fassen vermochte.

Gegen diese Art Schulpädagogik eines E r b e rufen wir die Elternschaft von Niklasdorf auf und fordern Rechenschaft darüber, von wo ein E r b e das Recht herleitet, die Kinder in einer derartigen Weise zu erziehen. Wo bleibt hier die Schulaufsichtsbehörde?

Heraus zur öffentlichen Versammlung

am Donnerstag, dem 23. Juni, um 20 Uhr, im „Wintergarten" in S t r e h l e n. — Thema: „Wie schaffen wir die rote Einheitsfront?" Alle, die es mit dem Kampf gegen den Faschismus ernst nehmen, erscheinen in dieser Versammlung.

V e r a n t w o r t l i c h für den politischen Teil, Provinz und Lokales: P a u l S c h n a b e l, Breslau. = Für die übrigen Seiten: A l f r e d F e n d r i c h Berlin. — Für Inserate: Albert Callam, Breslau. — Verlag und Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Der 100. Hochofen in der Sowjetunion angeblasen

In Deutschland mehr als 100 Hochöfen stillgelegt

In der Sowjetunion wurde im Juni der zweite Riesenhochofen Magnitogorsk angeblasen. Gleich dem ersten Hochofen kann der neue täglich 1180 Tonnen Roheisen liefern. Einen Hochofen von solchen Dimensionen besitzt Europa nicht. Am nächsten kommt dem Magnitogorsker Ofen das amerikanische Stahlwerk von Gary, das imstande ist, mit seinen 4 Hochöfen eine Jahresproduktion von 3,5 Millionen Tonnen zu liefern. Die beiden Hochöfen von Magnitogorsk, denen sich im Laufe des Jahres noch zwei weitere zugesellen sollen, sind imstande, etwa 2500 Tonnen Roheisen pro Tag zu liefern, was einer Jahresproduktion von nahezu 1 Million Tonnen jährlich gleichkommt. Verglichen mit der Produktion aller Hüttenbetriebe des Urals liefern die beiden Hochöfen allein mehr als die 47 Hochöfen des Urals, die es nur auf 2000 bis 2200 Tonnen täglich bringen.

Der neue Magnitogorsker Hochofen ist der siebente von den 24 Hochöfen, die noch in diesem Jahre angeblasen werden sollen. Von allen unter Feuer stehenden Hochöfen der Sowjetunion ist der neuangeblasene Riesenhochofen von Magnitogorsk der hundertste.

In Deutschland dagegen sind von 155 Hochöfen jetzt nur noch etwa 40 bis 50, in Frankreich von 211 nur 79 in Betrieb, in England sind die noch arbeitenden Hochöfen von 304 auf 69 und in den Vereinigten Staaten von 298 auf 60 reduziert. In Oesterreich wurde in diesem Jahre der letzte Hochofen ausgeblasen.

Diese eindringliche Sprache der Ziffern sagt mehr als alle weitschweifigen Kommentare. Im ersten Vierteljahr dieses Jahres nahm die Hüttenproduktion der Sowjetunion den zweiten Platz in der Welt ein. Sie kam gleich hinter der Hüttenproduktion der Vereinigten Staaten und überflügelte bereits die Hüttenproduktion Deutschlands, die ihrer Kapazität nach die zweitgrößte der Welt sein könnte.

Das bankrotte kapitalistische System hat in Deutschland den Großteil der Industrie stillgelegt. Soweit heute die Hüttenindustrie in Deutschland überhaupt noch beschäftigt ist, verdankt sie dies zu einem ansehnlichen Teil den sogenannten Russenaufträgen. Im Mai dieses Jahres ist die deutsche Roheisen- und Stahlerzeugung durch die neuausgeführten Russenaufträge wieder erheblicher gestiegen. Die arbeitstägliche Rohstahlerzeugung stieg in Deutschland gegen April von 20 019 auf 27 128 Tonnen, die arbeitstägliche Stabeisenproduktion von 11 193 auf 12 303 Tonnen. Die Sowjetunion mit ihrem Aufbauplan vermittelt damit auch deutschen Arbeitern Beschäftigung. Die sogenannten Russenaufträge sind für den deutschen Arbeitsmarkt von großer Bedeutung. Neue Aufträge wurden jetzt gerade vergeben, was zusätzliche Arbeit bedeutet. Insgesamt handelt es sich bei den Aufträgen für die Eisenindustrie um Bestellungen in einem Umfang von 475 000 Tonnen. Im laufenden Jahre werden von der Sowjetunion nach Deutschland, soweit man heute schon übersehen kann, noch für etwa 250 Millionen Mark Aufträge vergeben, wovon etwa 50 bis 70 Millionen bereits in den letzten Wochen erteilt wurden. Es handelt sich um Aufträge an die Schwerindustrie, verarbeitende Eisenindustrie (Großmaschinen-Ausrüstungen) und die Elektrotechnik. Vergangenes Jahr hatten die Aufträge der Sowjetunion an Deutschland einen Betrag von rund 900 Millionen erreicht, was bedeutet, daß einige hunderttausend Arbeiter dadurch Beschäftigung erhielten.

Mit ihrem kühnen Aufbauprogramm haben die russischen Arbeiter in der Sowjetunion die Arbeitslosigkeit liquidiert. Die Industrie wird dauernd erweitert, ein Hochofen nach dem andern in Betrieb gesetzt. In den kapitalistischen Ländern, darunter auch Deutschland, ist die genau entgegengesetzte Entwicklung festzustellen. Hier wütet die Krise in unverminderter Stärke fort, Hochöfen, Betriebe werden stillgelegt, die Arbeitslosigkeit nimmt furchtbare Ausmaße an. Das Beispiel der Sowjetunion zeigt unverkennbar, daß nur der Sozialismus den Ausweg aus Krise und Not bringen kann, während im kapitalistischen System die Massen zur Verelendung verurteilt sind.

Englischer Vorstoß von Tibet gegen USSR.

Räuberischer Einfall in Chinas Westprovinzen — Geheimabkommen England-Tibet

Nanking, 20. Juni. Tibetanische Truppen haben ganz plötzlich die chinesische Grenze überschritten und die chinesischen Truppen in der Provinz Sintschan angegriffen. Es ist zu blutigen Kämpfen gekommen, wobei die Chinesen Verluste erlitten haben und zurückweichen mußten. Der Dalai-Lama soll die Mobilisierung der tibetanischen Truppen angeordnet haben.

Schanghai, 20. Juni. Die Zeitung „Dagun Bao" berichtet von einem Geheimabkommen zwischen den Dalai-Lama in Tibet und Großbritannien. Dieses Abkommen sieht vor, daß die Post und die Luftschiffahrt in englische Verwaltung übergeht und England die alleinige Konzession für den Bergbau erhält.

Die englische Gegenleistung besteht u. a. in der Lieferung von 40 Geschützen und 2000 Gewehren mit 2 Millionen Schuß Munition. Die tibetanische Armee, die heute bereits mit modernen Waffen ausgerüstet ist, hat als Führer vorwiegend Studenten mit englischer Universitätsbildung.

Was heute in Tibet vor sich geht, ist eine Auseinandersetzung zwischen der englischen und der chinesischen Orientierung. Der Dalai Lama ist für die englisch orientierte Gruppe, die die Oberhand gewonnen und den Einmarsch tibetanischer Truppen in chinesisches Gebiet durchgesetzt hat. Das Ziel der militärischen Operationen ist die Besetzung chinesischer Gebietsteile, darunter eines Teiles der Provinz Yünan und die Provinz Sinkiang. Diese Landesteile Chinas sollen unter dem Vorwand der Wiedererrichtung der Dynastie Groß-Tibet unter die Abhängigkeit Englands gebracht werden.

Das zitierte Blatt meldet weiter, daß im Mai dieses Jahres eine Beratung tibetanischer Militärführer stattgefunden hat, auf der beschlossen worden ist, den Angriff auf chinesischem Gebiet in drei Hauptrichtungen zu führen: Den Fluß Jalun aufwärts bis zur Stadt Tschan Chua, am Norduser des Jalun und drittens in einer Richtung, die den chinesischen Truppen den Rückzug abschneiden soll.

Der Krieg an der Grenze von Tibet in China ist ein weiteres Moment der imperialistischen Aufteilung Chinas, das sich der Besetzung der Mandschurei durch Japan hinzugesellt. Zugleich ist es eine Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion. England will die Provinz Sinkiang, die unmittelbar an der Sowjetgrenze liegt, ganz unter seinen Einfluß bringen, um von hier die Front gegen die Sowjets aufrollen zu können.

Offener Bürgerkrieg in Chile

Generalstreik fast vollständig — Militärflieger und Marine meutern

Neuyork, 21. Juni. In Chile tobt der Bürgerkrieg mit verstärkter Wucht.

Der frühere Diktator Ibanez, der „südamerikanische Mussolini", dessen Freunde augenblicklich die Regierungsmacht noch in Händen haben, befindet sich auf dem Wege nach Santiago de Chile. Er hat Erklärungen abgegeben, daß er drakonische Maßnahmen gegen den Kommunismus treffen werde, dem die Macht beinahe in die Hände gefallen sei.

Gegen die neue Diktaturregierung verharren die Eisenbahner im Generalstreik, der sich im Verlaufe von zwei Tagen fast über das ganze Land ausgedehnt hat.

In Santiago sind sämtliche Arbeiter der Kupferbergwerke und in Valparaiso die Angestellten der Omnibusgesellschaft sowie die Beamten der Handelsmarine in den Streik getreten.

Ein Teil der verhafteten Kommunisten ist von Arbeitern wieder befreit worden.

Die Militärflieger von Chile haben sich gegen die Diktatur erhoben. Sieben Bombenflugzeuge nahmen den Flugplatz von Iquique ein. Andere hielten den Zerstörer auf, mit dem die Mitglieder der früheren Junta (Grove, Matter und andere) deportiert werden sollen. Die Marine weigert sich, die Regierung gegen die Flieger zu unterstützen. Ein Teil der Truppen meuterte gegen den Befehl, die streikende Arbeiterschaft anzugreifen.

Stadt Warschau zahlungsunfähig

Ueber 1000 Arbeiter verhaftet

O. E. **Warschau**, 21. Juni. Der Warschauer Magistrat sieht sich nicht in der Lage, die am 1. Juli d. J. fällig werdende Rate von 400 000 Dollar für Zinsen und Amortisation der 1926 in Amerika aufgenommenen Anleihe zu zahlen. Der Magistrat hat sich an die polnische Regierung um Hilfe gewandt.

Wegen der Nichtauszahlung von Arbeitslosenunterstützung kam es in den letzten Tagen wiederholt zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei. Nunmehr wurden im nördlichen Arbeiterviertel mehr als 1000 Arbeiter verhaftet.

740 Bankpleiten in Amerika

Seit Beginn des Jahres sind in Amerika infolge der ungeheueren Krisenverschärfung 740 Banken mit Einlagen im Betrage von 1½ Milliarden Mark bankrott gegangen. In den meisten Fällen haben die Sparer kaum etwas von ihrem Geld wiedergesehen.

Allein in der letzten Woche haben 21 Banken ihre Schalter geschlossen, in denen für über 240 Millionen Mark Spargelder lagen. Und tagtäglich schließen neue Banken, wodurch die Krise sich immer weiter verschärft.

Neue Anschläge auf die lettische Arbeiter- und Bauernfraktion

Riga, 21. Juni. Der faschistische Angriff auf die Arbeiter- und Bauernfraktion im Lettischen Landtag wird fortgesetzt. In der letzten Landtagssitzung wurde bereits der vierte von den sieben Abgeordneten der revolutionären Arbeiter- und Bauernfraktion, Genosse Landowski, dem Untersuchungsgefängnis ausgeliefert.

Damit wurde ein weiterer Schritt zur endgültigen Liquidierung der Arbeiter- und Bauernfraktion gemacht, die in ihrem Kampf gegen den Interventionsfaschismus auf diesem wichtigen Frontabschnitt durch die Solidarität des internationalen Proletariats unterstützt werden muß.

Theodor Plivier:

Der Kaiser ging, die Generale blieben

Copyright by Malik-Verlag, Berlin.

6. Fortsetzung

Einer hebt sein Gesicht und blickt die steile Gefängniswand hoch. Papendieck sieht ihn seine Mütze schwenken und hört ihn dabei rufen:

„Aber! Hier Thüringen!"

Papendieck vergißt jede Vorsicht. Er weiß nicht, wie er dazu kommt, und erschrickt im nächsten Moment auch schon über seine Kühnheit. Er sieht plötzlich die aufgepflanzten Bajonette der Seesoldaten, die den Haufen Heizer unten eskortieren. Aber er hat ihn geantwortet:

„Aber! Hier Großer Kurfürst!"

Sein Erstaunen wird noch größer.

Die Heizer unten wiederholen:

„Hier Thüringen!"

„Hier Helgoland!"

„Nieder der Scheißkrieg!"

„Hoch die 14 Punkte!"

„Es lebe Wilson!"

„Hoch die Bolschewiki!"

Und die Soldaten des Seebataillons stehen dabei mit verschlossenen Gesichtern: der Leutnant, der die Abteilung Soldaten anführt, verzieht keine Miene und wartet geduldig, bis das Tor der Arrestanstalt aufgeht und den Haufen der verhafteten Heizer schluckt.

Papendieck braucht nicht lange zu warten.

Seine Tür wird aufgeschlossen.

Er wird heruntergeführt.

Der Hof ist angefüllt mit Arrestanten, die ihre Zellen räumen mußten, um den neu Eingelieferten Platz zu machen. Eine Anzahl drängt sich vor die Baracke, in der ein Teil der „Thüringen"-Heizer untergebracht worden sind, und erkundigen sich durch die verschlossenen Türen hindurch nach den Ursachen der Massenverhaftungen. Und die Nachrichten, die sie aus der Baracke erhalten, sind aufregend und alarmierend und werden von Mund zu Mund weitergegeben.

„200 Mann von der „Thüringen"!"

„Und 200 von der „Helgoland"!"

„Die Ankerkette haben sie festgelascht!" „In der Vorbatterie haben sie sich verbarrikadiert!" „Sie haben sich Gewehre und Munition geholt, aber ein Torpedoboot sollte die „Thüringen" in die Luft sprengen!" „Und auf „Friedrich der Große" haben die Heizer die Feuer unter den Kesseln rausgerissen!" „Die ganze Flotte ist in Aufruhr!"

Aus einem Fenster ruft ein Matrose heraus:

„Hört mal her, — alle reinkommen, unsere Papiere werden fertiggemacht. Wir werden auf unsere Schiffe entlassen. Den Arrest brauchen wir nicht mehr absitzen"

„Kameraden..."

Aus den Gitterstäben des Barackenfensters reckt ein Heizer seinen Arm heraus. Nur der lange Arm ist zu sehen und ein Stück von dem Haarschopf. Und die Stimme des Heizers ist zu hören: „Kameraden, laßt uns nicht im Stich, vergeßt uns nicht! Macht weiter, was wir angefangen haben!"

„Wir vergessen euch nicht!"

„Wir machen weiter!"

„Verlaßt euch drauf!"

„Einer ist auf einen Sandhaufen hinaufgestiegen:

„Wir vergessen euch nicht, das versprechen wir!"

Er wendet sich an die herumstehenden Arrestanten:

„Kameraden, das versprechen wir! Wir halten alle zusammen. Für die Meuterer von der „Thüringen" — drei Hurras!"

„Hurra! Hurra! Hurra!"

Der Wachtmeister kommt auf den Hof:

„Seid ihr denn verrückt geworden? Was ist mit euch los, wollt ihr entlassen werden oder hierbleiben? Die Strafe ist euch geschenkt worden. Schert euch ins Büro, die Entlassungspapiere abholen!"

Beim Abholen der Papiere trifft Papendieck seinen Zellennachbar Rode. Zum erstenmal sieht er ihn im vollen Licht des Tages. Er ist enttäuscht, dieses Gesicht mit den hochgezwirbelten Schnurrbartspitzen, — das ist klar, der hat nicht nur in der Freizeit an Bord, der hat selbst in der Arrestzelle eine Bartbinde getragen, natürlich ein Kapitulant! Aber der ärgerliche Eindruck ist gleich weggewischt. Rode ist in derselben gehobenen Stimmung wie die anderen.

Nachher stehen sie alle auf dem Gefängnishof:

„Zu vieren abzählen! Links schwenkt, marsch!"

Das Tor der Arrestanstalt öffnet sich. Die entlassenen Arrestanten marschieren mit ihren Utensilienkästen unterm Arm hinaus. Sie werden in die Kaserne der II. Matrosendivision geführt und dort vorläufig auf Stuben verteilt.

Während des Mittagessens treten mehrere Kompanien auf dem Kasernenhof an, marschfertig mit Gewehren. Die meisten sind Rekruten, frisch eingezogene Siebzehnjährige, denen einige Obermatrosen als Gruppenführer zugeteilt sind. Rode und Papendieck, die zusammen gegessen haben und aus dem Speisesaal zurückkommen, gehen an eine der Abteilungen heran:

Papendieck fragt einen der Obermatrosen:

„Was ist denn los, wo sollt ihr denn hin?"

„Wir sollen einen Umzug durch die Stadt machen!"

„Einen Umzug, wohin denn?"

„Einen Umzug mit Musik!"

„Ach so, Stimmung machen für den Krieg?"

„Ja, ich glaube, so ungefähr!"

„Vielleicht sollt ihr auch schießen?"

„Auf die Werftarbeiter zum Beispiel, die wollen streiken!"

„Das machen wir nicht!"

„Wir schießen nicht!"

„Aber ihr habt so viele Rekruten bei euch!"

„Die schießen auch nicht, denen haben wir schon Bescheid gesagt!"

Rode und Papendieck warten und sehen zu, wie die Kompanien vom Hof abmarschieren, dann gehen sie in die Stuben zurück. Einige der entlassenen Arrestanten haben sich schon auf den Strohsäcken ausgestreckt, andere spielen Karten. Den Kochsgasten Rode hat Papendieck richtig eingeschätzt. Er holt tatsächlich eine Bartbinde aus seinem Utensilienkasten und bindet sie sich vor dem Hinlegen um.

Nach der Mittagspause ertönt ein Pfeifensignal.

Die Unteroffiziere vom Dienst rufen Befehle aus:

„Kompanie antreten zum Arbeitsdienst!"

Von den Arrestanten rührt sich niemand. Ein Unteroffizier reißt die Stubentür auf: „Antreten zum Arbeitsdienst, raus, Fensterputzen! Das gilt auch für die Herren Arrestanten!"

Es rührt sich niemand.

Dann fallen einige Rufe:

„Mit uns nicht mehr!"

„Wir haben genug!"

(Fortsetzung folgt.)

Was wird in Preußen?

Für die Arbeiterklasse ganz Deutschlands ist von größter Bedeutung, was in Preußen wird. Denn das sind weittragendste Folgen für das ganze Reich. Die Arbeitermassen wissen das sehr gut. Deshalb betrachten sie die Entwicklung in Preußen mit größter Sorge.

Die sozialdemokratischen Führer versuchen krampfhaft, die Arbeiterschaft glauben zu machen, als ob es mit ein paar Stimmen Mehrheit im Landtag, mit den Tricks gerissener Parlamentstechnik und der Kunst in der Handhabung der Geschäftsordnung möglich sei, den Faschismus von der Macht fernzuhalten. „Wenn nur die Kommunisten" —, so erzählen sie den Arbeitern — „nicht ihre Zustimmung geben, daß die Geschäftsordnung geändert wird, dann wird die Regierung Braun-Severing als geschäftsführende weiter regieren, und Hitler wird ausgeschaltet."

Das ist eine Täuschung der Massen! Wir wollen gar nicht erst daran erinnern, daß das Zentrum einen Nazi-Präsidenten, Kerrl, gewählt hat und daß es nur solange mit dem Nationalsozialismus hadert, bis ihm ein angemessener Anteil an der Macht sichergestellt ist; wir wollen die Frage aufwerfen:

Was hat denn die Braun-Severing-Regierung, die ja seit dem 24. April geschäftsführend weiter regieren konnte, getan, um den Faschismus zurückzuwerfen?

Der Ministerpräsident Braun ist bekanntlich auf Urlaub gegangen, und, wie er eine ganze Anzahl anderer sozialdemokratischer hoher Staatsfunktionäre. Severing hat nichts getan gegen die Aufhebung des SA.-Verbots, nichts gegen den täglich steigenden Mordterror der Hitlerbanden. Die SA. darf marschieren, der RFB., der revolutionäre Freidenkerverband und andere antifaschistische Organisationen sind bis heute noch auch in Preußen verboten! Die Regierung Braun-Severing hat nichts unternommen gegen die ungeheuerliche erste Notverordnung der Papen-Regierung, sondern sie setzt ihre Staatsgewalt ein für die Durchführung dieser Notverordnung!

Heute durchschauen auch sozialdemokratische Arbeiter die infame Agitationslüge der SPD.-Führer, daß das Preußen Brauns und Severings ein „Bollwerk gegen den Faschismus" sei. Heute sehen sie mit Schrecken, daß der ganze Staatsapparat von oben bis unten faschisiert ist! In der Verwaltung wird ganz offen für Hitler Propaganda gemacht, Polizeipräsidenten und Polizeioffiziere machen aus ihren Sympathien für den Nationalsozialismus kein Hehl, die Richter bekennen sich offen zum Faschismus, die Hochschulen stehen unter der völligen Herrschaft des Hakenkreuzes, und selbst die Volksschulen sind durch und durch faschistisch verseucht. Das ist das Ergebnis von 13 Jahren sozialdemokratischer Politik, der Erfolg von 13 Jahren „Demokratisierung des Staates"!

Ist es nicht eine bewußte Irreführung, wenn die sozialdemokratischen Führer auch heute noch den Arbeitermassen weismachen wollen, von diesem Staat Preußen hätten sie eine Hilfe, einen Schutz gegen den Faschismus zu erwarten?

Heute dürften auch die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter nicht mehr im Zweifel sein, welches Verbrechen die Tolerierung Brünings und das Eintreten für Hindenburg war. Damit wurde die Arbeiterschaft immer tiefer ins Elend heruntergedrückt und immer fester politisch geknebelt; durch die Zermürbung der wirtschaftlichen und sozialen Widerstandskraft der Massen durch Lohn- und Sozialabbau, Steuern und Zölle und durch die immer schärferen Unterdrückungsmaßnahmen, Verbote von Demonstrationen, Aufhebung der Versammlungsfreiheit, Verbote von Arbeiterorganisationen, „Burgfrieden" und ähnliches wurde dem Faschismus der Weg frei gemacht! Die sozialdemokratische Führung und ihr Severing-Preußen wurden die stärksten Stützen dieser Faschisierungspolitik Brünings, die durch das Kabinett von Papen verschärft fortgeführt wird.

Die sozialdemokratischen Arbeiter haben aus diesen Erfahrungen gelernt. Was aber tun die sozialdemokratischen Führer, die Braun, Severing, Heilmann und Konsorten? Sie haben unter dem Regime Papen jene letzte preußische Notverordnung erlassen, welche den Arbeitslosen die Mietzuschüsse streicht, den Beamten die Gehälter kürzt, praktisch die Papen-Regierung unterstützt, und besser für Hitler arbeitet als hundert nationalsozialistische Agitatoren!

Arbeiterklasse! Gerade jetzt, wo es darauf ankommen sollte, die Massen gegen die Papen und Hitler aufzurufen, trifft die geschäftsführende Preußenregierung mit Unterstützung der SPD. solche Maßnahmen, welche neue Massen zu Hitler treiben!

Nicht durch eine solche Preußenpolitik, nicht durch eine solche Preußenregierung, nicht durch Geschäftsordnungspraktiken und parlamentarische Schliche kann der Faschismus geschlagen werden, sondern nur durch den außerparlamentarischen Kampf der Massen!

Den Nationalsozialisten fällt es im Traume nicht ein, sich auf juristische Formalitäten, Geschäftsordnung und parlamentarischen Kretinismus zu stützen. Sie sagen ganz offen, auf welche Faktoren sie ihre Macht bauen wollen:

„Es gibt heute in Deutschland zwei große Machtfaktoren, die eine nationale Regierung für ihre Arbeit einsetzen kann: 100 000 Mann Reichswehr und eine halbe Million SA. Wenn die Entwicklung so weiter treibt wie in diesen Tagen, dann muß Deutschlands Zukunft binnen kurzem in den Fäusten der SA. und auf den Bajonetten der Reichswehr liegen." („National-Zeitung", Essen, 18. Juni.)

Die wahren Machtfaktoren des Faschismus sind außerparlamentarisch: das Kapital, die Reichswehr, die SA. Die Arbeiterklasse kann den Faschismus nur im außerparlamentarischen Kampfe schlagen! Sie kann nur siegen, wenn sie gegen die Kapitalistenklasse und ihre faschistische Bürgerkriegsarmee die Massenkraft der Millionen einsetzt.

Das Schicksal Preußens, das Schicksal Deutschlands wird nicht entschieden durch Regierungskombinationen und Parlamentsschiebungen, sondern durch die Mobilmachung der Millionenmassen des Proletariats gegen den Faschismus, d. h. gegen die deutsche Kapitalistenklasse, gegen ihre Papenregierung und gegen ihre nationalsozialistische Schutztruppe!

Wenn nicht durch den Abbau der Löhne, Erwerbslosenunterstützungen und Sozialrenten die Widerstandskraft der Massen gegenüber dem Faschismus weiter zermürbt werden soll, ist es notwendig, daß gegen die Papen-Notverordnung sofort der außerparlamentarische Kampf auf breitester Basis aufgenommen wird. Wenn nicht der verschärfte Mordterror der SA. die Arbeiterklasse weiter zurückdrängen und schwächen soll, ist es notwendig, daß sofort auf breitester Grundlage der Abwehrkampf der Arbeitermassen organisiert wird.

Deshalb hat die Kommunistische Partei die ganze deutsche Arbeiterklasse zur Antifaschistischen Aktion aufgerufen. Deshalb hat sie den antifaschistischen Kampf aufgenommen. Streiks gegen den Abbau der Löhne, Kampfaktionen der Arbeitslosen gegen den Abbau ihrer Unterstützungen, Abwehr des SA.-Terrors durch die Schaffung eines roten Massenselbstschutzes in zahlreichen Orten und Betrieben: das sind die ersten Erfolge dieser kommunistischen Initiative.

Was aber tun die SPD.-Führer?

Sie dreschen Phrasen und vertrösten auf den 31. Juli; sie führen einen erbitterten, giftigen Kampf gegen die Einheitsfront und suchen die Massen erneut irrezuführen. Hinter allgemeinen Redensarten über Einheitsfront, wie sie die Herren Stampfer, Künstler, Aufhäuser machen, verbirgt sich doch nur die Absicht, die Einheitsfront zu sabotieren.

Für die SPD.-Führer ist die Phrase von der Einheitsfront nur ein Mittel, um ihre Parteimanöver zu verbergen, ihre Koalitions- und Tolerierungspolitik zu bemänteln. Für die Kommunistische Partei ist die rote Einheitsfront Aufgabe des praktischen Kampfes gegen den Faschismus. Die SPD.-Führer haben die größte Angst, daß ihnen die Führung der Massen entgleitet. Die Kommunisten wissen, daß derjenige die Führung der Einheitsfront haben wird, der am entschlossensten, mutigsten, zähesten den Kampf für die Lebensinteressen der Arbeiterklasse führt. Die SPD.-Führer fürchten für ihren Einfluß, wenn nur ein einfacher kommunistischer Arbeiter zu den sozialdemokratischen Klassengenossen zu sprechen begehrt. Die Kommunisten reichen den sozialdemokratischen Arbeitern die Bruderhand: kommt, helft mit, beratet mit, kämpft mit, damit wir den Faschismus schlagen! Für die Kommunistische Partei gibt es nur eines: die Rettung der deutschen Arbeiterklasse

Aber die Führer der SPD., des ADGB., des Reichsbanners, die tausendmal bereit waren, für Hindenburg, Brüning und die Bourgeoisie zu marschieren, sind nicht bereit für die Verteidigung der Arbeiterklasse zu marschieren. Das ist der Grund, weshalb sie sich jedem außerparlamentarischen Kampfe widersetzen.

Die Kommunistische Partei hat in dem letzten Aufruf des Zentralkomitees, um nicht den sozialdemokratischen Führern den demagogischen Vorwand zu geben, sie erschwere durch ihre Haltung im Landtag den Kampf gegen den Faschismus, sich bereit erklärt, ein aus SPD.- und Zentrumsvertretern unter Ausschluß der Nazis und Deutschnationalen zusammengesetztes Landtagspräsidium zu wählen, aber sie hat diese Erklärung mit zwei Forderungen verbunden, die jeder Arbeiter als seine eigenen betrachten wird:

1. **Herstellung der Versammlungs-, Demonstrations- und Pressefreiheit und Freigabe des Rundfunks für die revolutionäre Arbeiterschaft in Preußen.**
2. **Nichtdurchführung der beiden faschistischen Notverordnungen der Papenregierung in Preußen.**

Wem der Kampf gegen den Faschismus wirklich ernst ist, der kann diese Forderungen nicht ablehnen. Jetzt werden die Führer der SPD. und des Zentrums vor ihren eigenen Anhängern Farbe bekennen müssen. An alle sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen und Reichsbannerarbeiter wendet sich die Kommunistische Partei, um ihnen in allergrößtem Ernst zu sagen:

Nur die Massen selber können im außerparlamentarischen Kampf den Faschismus schlagen! Deshalb organisiert den Massenstreik gegen die faschistische Papenregierung und die Kapitalistenklasse! Deshalb organisiert den roten Massenselbstschutz gegen den faschistischen Mordterror!

So nur kann der Kampf um Preußen, der Kampf um Deutschland zu einem Sieg für die Arbeiterklasse geführt werden!

Was soll die Länderkonferenz?

Verschärfte Verbotshetze gegen die KPD.

Der Zweck der blutigen SA.-Expedition — Vorbereitung der Länderkonferenz — Hitler bei Gayl
Die Kapitalspresse fordert Standrecht gegen Arbeiter

In allen Teilen Deutschlands haben die SA.-Banden am Sonntag, dem 19. Juni, auf Grund zentraler Anweisungen blutige „Strafexpeditionen" gegen Arbeiterviertel unternommen. Und wie die SA.-Banden hausten! Wir können heute unsere eigenen Berichte bestätigen lassen durch eine kapitalistische Zeitung, die gewiß antibolschewistisch ist, nämlich die zentrümliche „Kölnische Volkszeitung". Dieses Blatt schreibt u. a. über die Vorgänge in Köln:

„Am Nachmittag setzte dann der Zuzug zur Rheinlandhalle ein. Noch während der Versammlung verließen Nationalsozialisten die Rheinlandhalle und versuchten, ohne den geringsten Anlaß und das geringste Recht, die kommunistische Verlagsbuchhandlung an der Rheinlandhalle in der Venloer Straße zu stürmen und zu durchsuchen. Einschreitende Polizeibeamte wurden von ihnen zu Boden gerissen ... Nachdem in den Abendstunden vorübergehend einigermaßen Ruhe eingetreten war, kam es um die zehnte Abendstunde wieder zu Ausschreitungen. Eine größere Zahl von Nationalsozialisten bekam von einem Führer Anweisung, die Thieboldgasse, die schon erwähnte Hauptstraße eines Kölner Arbeiterviertels, zu stürmen. Die Nationalsozialisten drangen in die Straße ein und empfingen die herausdrängenden Kommunisten mit zahlreichen Schüssen."

Auch durch den Bericht dieses Blattes wird der systematisch organisierte Mordterror der Nazis bestätigt.

Ein Blick auf die von der Schwerindustrie und vom Finanzkapital ausgehaltene Presse zeigt, was der Zweck der blutigen SA.-Aktionen war. Die Hetze gegen die Kommunistische Partei, die Hetze gegen die Arbeiterschaft wird aufs höchste gesteigert. Der „Berliner Lokal-Anzeiger" schreibt in seiner Morgenausgabe vom 21. Juni, daß sich die Konferenz des Reichsinnenministers mit den Länderministern über verschärfte Maßnahmen gegen die Kommunistische Partei schlüssig werde. Ueberschrieben ist der Artikel mit „Brechung des Blutterrors der KPD." und es heißt darin:

„Wir halten es für eine Selbstverständlichkeit, daß die staatlichen Machtmittel zur Brechung des Kommunistenterrors unverzüglich eingesetzt werden."

Hitler erschien am 20. Juni in Berlin und nach dem Bericht der „Deutschen Zeitung" hat er sofort eine Besprechung mit dem Reichsinnenminister v. Gayl gehabt. Die „Deutsche Zeitung" schreibt über diese Unterredung:

„Man kann annehmen, daß der Reichsinnenminister sich der Berechtigung der Vorstellungen Hitlers nicht verschlossen hat."

Aber nicht nur die nationalsozialistische Parteipresse fordert das Verbot der KPD. Solche Blätter, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung", die „Börsen-Zeitung" fordern darüber hinaus das Standrecht gegen Kommunisten. Um zu zeigen, wie sich die Hetze gegen die Kommunisten austobt, greifen wir das Beispiel der „Hamburger Nachrichten" heraus, die u. a. schreiben:

„Es ist höchste Zeit, daß man gegen die roten Mordbuben, die sich außerhalb des bürgerlichen Staates stellen, mit allen Mitteln vorgeht, die die allgemeine Staatsnotwehr gebietet!... In derartig außergewöhnlichen Zeiten sind außergewöhnliche Maßnahmen am Platze ... Jeder erschossene Kommunist bedeutet Leben für viele Hunderte von Bürgern ... ‚Unschuldige' Kommunisten gibt es nicht — also fort mit diesem Mordgesindel!.. Wenn man Ratten im Hause hat, so vernichtet man sie, wo man sie trifft, man wartet nicht erst, bis es einer Ratte gefällt, einen Angriff zu unternehmen und so der Fall der Notwehr eintritt!"

Diese Hetze wird unterstützt vom „Vorwärts", der ebenfalls die Terroraktionen der SA. in „Kommunistenüberfälle" umlügt. Beispielsweise schrieb er in der Abendausgabe vom 20. Juni über den SA.-Terror in Mainz:

„Ein Trupp Nationalsozialisten wurde in der Altstadt von Kommunisten überfallen."

In Harburg erklärte der SPD.-Führer Grabbert, daß die SA. zu einem legalen Instrument der Staatsgewalt werde, und daß darum das Reichsbanner in der Front der Ordnung mit SA. und Polizei gegen Kommunisten vorgehen müsse.

Mit dieser Hetze wurde die Konferenz der Innenminister der Länder vorbereitet, wo über verschärfte Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Arbeiterschaft verhandelt wird, um die Durchführung der Pläne der Papen-Regierung zu ermöglichen.

Die Verbotshetze gegen die KPD. steht in engster Verbindung mit den Plänen der unvorstellbaren neuen Massenbelastungen, die dem werktätigen Volk drohen. Indem sich das arbeitende Volk zur Verteidigung der Legalität der Kommunistischen Partei um diese schart, verteidigt sie gleichzeitig ihr letztes Stückchen Brot gegen die faschistische Reaktion.

Die verschärfte Verfolgung der kommunistischen Bewegung soll gleichzeitig mithelfen, die Gegensätze im bürgerlichen Lager zu überbrücken.

Wir haben wiederholt über diese Gegensätze berichtet. Ein Teil der Kapitalisten, die noch nicht so hundertprozentig bankrott sind wie die Schwerindustrie und die Agrarkapitalisten, wollte mit den Brüningschen Methoden fortfahren. Dieser Teil der Bourgeoisie fürchtet auch, daß er bei der unersättlichen Gier der Großagrarier und Nazitrustkönige zu kurz kommen werde! Auf diesen Gegensätzen beruht die „Opposition" des Zentrums und der süddeutschen Länderminister gegen bestimmte Maßnahmen der Papenregierung. Brüning hat aber in seiner Mainzer Rede zu erkennen gegeben, daß man auf ein Kompromiß hinsteuert, das natürlich nur auf Kosten der Werktätigen geschlossen werden kann. Aber das Kompromiß wird angestrebt, und die verschärften Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Arbeiterschaft, die wilde Verbotshetze gegen die KPD. soll die Durchführung des Kompromisses ermöglichen und die Gegensätze überbrücken.

Mögen alle Werktätigen sich bewußt sein, daß sie ihr eigenes letztes Stückchen Brot verteidigen, wenn sie sich gegen die Verbotshetze, gegen das Verbot der KPD. wenden, wenn sie dem SA.-Terror entgegentreten.

Die Kommunistische Partei läßt sich durch nichts schrecken, ihr einziger Wille ist, die Interessen der Arbeiter und Erwerbslosen, der notleidenden Werktätigen in Stadt und Land, gegen die faschistische Reaktion zu verteidigen. Darum appellieren wir an die antifaschistischen Arbeiter und Werktätigen aller Richtungen, sich in dieser ernsten Stunde schützend um die Kommunistische Partei zu scharen und sich einzureihen in die Kampffront der Antifaschistischen Aktion.

Marke zur Finanzierung der Antifaschistischen Aktion

50 Pf. sammelt jeder Genosse für den antifaschistischen Kampffonds bis zur Reichstagswahl!

Montags in jeder Woche Abrechnung an den Zellen(Ortsgruppen)-Kassierer. — Dienstag Abrechnung der Sammelgelder an die Bezirksleitung, Abteilung Kasse.

170 Freiburger Arbeiter melden sich zum Massenselbstschutz

Freiburg. [illegible] von Freiburg hatte für [illegible] Versammlung der Erwerbslosen aufgerufen, [illegible] Stellung nahm. Alle Parteien waren eingeladen, Redner zu stellen, um ihren Standpunkt und ihre Haltung gegenüber den Erwerbslosen zu vertreten. Sowohl die SPD. wie auch die [illegible]partei haben schriftlich abgelehnt, einen Redner zu stellen.

[illegible] der Genosse Brodde er[illegible] des Redners fanden starken Beifall in der überfüllten Versammlung. Eine Entschließung wurde angenommen, in der die Erwerbslosen die sofortige Einberufung einer Sitzung der Kommunalvertreter fordern, die folgende Beschlüsse zu fassen hat:

1. **Der durch die Notverordnung diktierte Raub der Unterstützungs- und Rentenzahlungen wird nicht durchgeführt.**
2. **Unterstützungen und Renten werden in der alten Höhe weitergezahlt.**

Der Erwerbslosenausschuß wurde durch Zuwahl von SPD.- und Reichsbannerarbeitern erweitert. Annähernd 170 Arbeiter traten dem roten Massenselbstschutz bei. Die Versammlung war ein voller Erfolg und zeigte den Willen zum Kampf der Arbeitslosen von Freiburg gegen jede weitere Verelendung.

Ein Theaterabend in Freiburg

Freiburg. Am 25. Juni (Sonnabend) findet im Saale des Gasthofs „Zum Blücher" in Polsnitz ein öffentlicher Theaterabend statt. Zur Aufführung gelangt

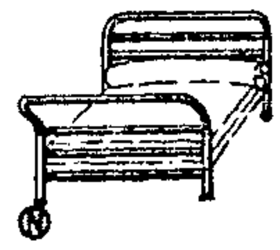
Die Taube von Florenz

Drama in 3 Akten.

Ein ergreifendes Trauerspiel aus dem faschistischen Italien. Es zeigt uns den heroischen Kampf, den unsere Genossen in Italien gegen den Diktator Mussolini führen. — Keiner versäume daher, dieses ausgezeichnete Stück sich anzusehen. — Anfang Punkt 20 Uhr. Kassenöffnung 19,30 Uhr. Eintritt mit Programm 20 Pfg. — In den Pausen gutes Konzert.

Kolonialwaren
Obst — Gemüse
Johanna Nitschke
Mittelgasse 5

Pfandleihhaus Grundmann
Breslau, Trebnitzer Str. 21
Beleihung v. Anzügen, Wäsche und Schmucksachen

MATRATZEN · KINDERBETTEN
METALLBETTEN

Beier & Olowinsky
HERRENSTR. 31 u. SCHWEIDN. STR. 10-11

Empfehlenswerte Geschäfte in Schlesien

Friedland

Konfektion, Kleiderstoffe, Strümpfe und Trikotagen immer billig im **Central-Kaufhaus** Braunauer Straße Nr. 32 — 47668

Ballhaus „Schlesischer Hof" Inhaber E. Gutter, Landeshuter Str., empfiehlt sich den Werktätigen — 47670

Café, Bäckerei und Konditorei Max Bachmann, Braunauer Str. 26 — 47670

Kolonialwaren, Fische, Wild — Konserven, Obst und Gemüse — F. Weißer, Schweidnitzer Str. 6 — 47671

Sämtliche Molkereiprodukte empfiehlt Carl Neugebauer, Liebichstr. 2 — 47672

ff. Fleisch- u. Wurstwaren Ia Aufschnitt — Josef Hermann, Obersteiner Str. 15 — 47673

Möbelhaus Fr. Schubert Obere Steinestraße 3 — Teilzahlung gestattet. — Lieferung frei Haus — 47674

Kolonialwaren / Tabake Else Jüptner, Untere Steinestraße 8 — 47675

Kolonial- u. Schnittwarenhaus Tabake Inh. Martha Stendel, Heldstr. 18 — 47676

Burgkeller 47677 — Verkehrslokal aller Werktätigen — Alfred Meisel

Brot- und Feinbäckerei **Hermann Wagner**, Brauberg 5 — 47678

Schmiedeberg

Kauft im **Hamburger Zigarrenhaus** — 47278

Kolonial-, Rauchwaren, Franz Scholz, Steinseiffen 47, Markt 23 — 47273

Brot- und Feinbäckerei Walter Petrasch, [illegible] Straße 50 — 47274

Brot- und Weißbäckerei Herbert Schwabe, Lebauer Straße 56 — 47275

Richard Fehler, Oberstraße 14, Bäckerei — Kolonialwaren — 47276

Fleisch- u. Wurstwaren, Ia Aufschnitt **Ernst Krebs**, Oberstraße 5 — 47277

ff. Fleisch- und Wurstwaren, Bier- und Frühstücksstube **Berthold Häring**, Hammerstr. — 47279

Leschwitz b. Görlitz

E. Sperlich, Lebensmittel, Zittauer Straße 35 — 47530

H. Model, [illegible]straße 4, Lebensmittel — 47947

G. Schicht, Zittauer Straße 20, Brot-, Weiß- und Feinbäckerei — 46951

Paul Jäkel, Seidenberger Str. 39, Lebensmittel — 46948

Otto Grafe, Zittauer Str. 3, Fleisch- und Wurstwaren — 47252

Endstation II **Schweizerhaus Leschwitz** empfiehlt seine Lokalitäten, Großer Saal, Max Lange und Frau — 47253

Görlitz

Hermann Strobach Dresdener Platz 5, Textilwaren — Reste — 46945

Wäschehaus Hermann Junge Marienplatz 6, gegenüb. dem dicken Turm. Bettwäsche, Tischwäsche, Leinwäsche, Trikotagen u. Wollwaren, Kleider- u. Wäschestoffe, Gardinen — 46641

Bruno Bolz Kakao — Schokoladen — Kaffee — Tee — 46811

Fisch- und Feinkostgeschäft Paul Hultsch, Demianiplatz 39 — 46813

H. Zippel, Brautwiesenstraße 24, Textilwaren, Arbeiter-Bekleidung — 46646

Seifen, Parfümerien, Photo **A. Biegl, Brautwiesenstr. 30** — 46642

Vorzeiger dieses erhält Gratisgeschenk — Papiergeschäft, Schützenstraße 4 — 46644

W. Kaczmarek, Landeskronstr. 42, Bettwäsche, Kleider, Blaue Marken — 46947

P. Herzmann, Bautzener Str. 51, Weiß-, Brot- u. Feinbäckerei — 47663

E. Leufiger, Heilige Grabstraße 73, Fleisch- und Wurstwaren — 47127

P. Prüfer, Jacobstraße 40 Gold- und Silberwaren — Uhren — 46840

Konsul-Drogerie Konsulstraße 2 — 47129

Spezial-Bettengeschäft Bettfedern-Reinigung **Anna Schlecht, Brüderstr. 3** — 46810

Sämereien Alfred Frenzel Nachf., Elisabethstraße 17 — 44645

P. Baier, Bautzener Straße 4/7, Arbeitsbekleidung, Möbel- und Polsterwaren — 46812

R. Höltig, Breitestr. 22, Fleisch- und Wurstwaren — 47128

K. Schubert, Leipziger- Ecke Krölstr., Milch und Lebensmittel — 46941

M. Nostitz, Reichenbacher Str. 14, Lebensmittel, Milch — 46943

Richard Schneider, Langen- Ecke Breitestr., Fleisch- und Wurstwaren — 46939

G. Schmiedchen Konfitüren, Lebensmittel, Jauernicker Str. 43 — 46838

Reserviert — 46950

Reserviert — 46807

Sobota Pontestraße 11, Textilwaren — 46806

Paul Hoffmann Dresdener Platz 12, Wäsche, 6% blaue Marken — 46647

K. Winkler Löbauer-, Ecke Rauschwalder Str., Bäckerei, Konditorei — 46946

5 Prozent Rabatt in Marken **Joh. Müller** Neißstraße 17, Lebensmittel — 44643

E. Kleiner, Prager Str. 6, Lebensmittel — 46641

Ernst Seidel, Demianipl. 19-20 Reparatur-Werkstatt. Große Auswahl Fahrräder, Nähmaschinen — 47130

Destillation / Weinhandlung **F. USEMANN** Weberstraße 19 — 46649

Theodor Dürsel, Obermarkt 2 Fahrräder und Ersatzteile — 46814

Reserviert — 47249

W. Melzer Hohestraße 11, Fleisch- u. Wurstwaren — 47250

Kronen-Apotheke Bismarckstr. 2 — Preiswert! Reell! Qualitätswaren! — 46342

Landskron Bier IMMER EIN GENUSS — 46648

Maske & Co. Mittelstraße 5, **Schuhwaren**, 6% blaue Marken — 47918

BUTTER-HANDLUNG Kanello, BERLINER STR. 6 — 47702

Reserviert — 47526

F. Elliger, Blumenstraße 60, Schleiferei u. Stahlwaren — 47662

Braunsburger, Breitestraße, Brot-, Weiß- und Feinbäckerei — 47251

Reserviert — 47248

P. Schröter Rauschwalder Str. 27, Fleisch- und Wurstwaren — 47664

W. Kliemann, Mittelstraße 20, Obst, Gemüse, Kolonialwaren — 47661

Die bevorzugten **Rüdiger-Gaststätten** Berliner Str. 32, Brüderstraße 1 bieten jedem das Beste — 47247

Jauer

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei **Curt Warmuth**, Königstraße 12 — 46970

Lebensmittel Martha Romainczyk, Altjauer Str. 18a — 46969

Schuhwaren und Fußpflege K. Kliemke, Goldberger Str. 32 — 46975

Richard Wenke Goldberger Straße 24, **Fleisch- und Wurstwaren** — 46074

Verlangt stets Haselbach- und Kipke-Bier — **Erich Keil, Kirchstraße 1** — 46066

Reinhold Köhler Vorwerkstraße 32, Fleisch- und Wurstwaren — 46067

Wilhelm Weinhold Goldberger Straße 10, Ia Fleisch- und Wurstwaren — 46072

Wir kaufen unsere Lebensmittel nur bei H. Lanksch, Königstraße 1 und unsere Milch am Milchwagen H. Riedel — 46062

Herren- und Knaben-Bekleidung kauft bei **Otto Schneider, Königstraße 30** — 46973

Reserviert — 46977

Modehaus Max Zickel Jauer — 46971

Niesky

R. Barthel, Waldstr. 2, Haus- u. Küchengeräte — 47520

O. Jäschke, Brot- u. Weißbäckerei, Hindenburgstr. 8 — 47522

O. Lorenz Brot-, Weiß- und Feinbäckerei, Hindenburgstraße 20 — 47521

W. Mühle, Mittelstraße 1, Roßfleischerei — 47524

Stern-Drogerie Drogen — Farben — Photo, Horkaer Straße Nr. 1 — 47523

Peisterwitz

Beste Bezugsquelle für Lebensmittel ist und bleibt das Kaufhaus Klaus — 47500

Fleisch- und Wurstwaren Max Kuhnert, Hauptstraße 90 — 47499

Reichenbach OL.

Max Horter Markt 16, Fleisch- und Wurstwaren — 47132

Reserviert — 47134

Reserviert — 47133

Tannhausen

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Bruno Fritsch, Blumenauer Weg — 47008

Schloß-Brauerei Tannhausen — 47007

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Wilhelm Holz, Neuroder Straße 15 — 47006

Penzig

S. Frankenstein & Co., Wilh.-Str. 35 — 47131

Gr.-Wartenberg

Richard Dittrich, Destillation, Ring 44 — 47497

Bernstadt

Reserviert A — 47509

Reserviert K — 47508

Hugo Schezuka Auto- u. Motorrad-Zentrale / Abt. Fahrräder, Fernsprecher 183 — An der Breslauer Straße — 47507

Harry Schäffer Likörfabrik, Namslauer Str. 22-23 — 47506

Beuthen a. Oder, Bez. Liegnitz

Fleischerei und Wurstfabrik Richard Kliemt — 47937

Bäckerei Paul Herrmann, Junkernstraße 38 — 47935

Destillation u. Tabakwaren **Emil Strauß**, Markt 28 — 47936

Lebensmittel, Tabakwaren kauft man am besten bei **Otto Schulz** — 47938

Halbau

Markt-Drogerie Photo-Artikel — Parfümerien, Kinder- und Krankenpflege-Artikel — 46640

Halbauer Markthalle Kolonialwaren, Emma Weisser — 46588

Schloßhalle Eigene Erzeugnisse der Gärtnerei und Landwirtschaft — 46589

Bäckerei und Konditorei **Richard Lehmann, Markt 13** — 46590

Brieg

Fleisch- und Wurstwaren Ewald Lojewski, Jungfernstraße 6 — 47280

Beerdigungs-Institut Richard Gottschlich, Burgstraße 17 — 47281

Fleisch- und Wurstwaren Rudolf Hoffmann, Wagnerstraße 16 — 47282

Kurt Reimann, Friseur, Aepfelstraße 6. Erwerbslose: Haarschneiden **40** Pfg., Rasieren **10** Pfg. — 47283

Obst und Südfrüchte Georg Beier, Ring 48 — 47284

Bergmann's Etagengeschäft Damen-, Mädchen- u. Kinderkleidung, Oppelner Straße 24 — 47285

Feine Fleisch- und Wurstwaren **Paul Zwirner, Burgstr. 2** — 47498

Petersdorf

A. Leisching, Dorfstraße 228 Drogen, Farben, Lacke, Photoartikel — 47117

Gasthof z. Hoffnung / Tel. 139, Verkehrslokal aller Werktätigen, Fremdenzimmer, Autogarage, Ia Mittagtisch, Bruno Schön — 47118

Markliss a

Schnellbesohl-Anstalt garant. für gute Qualität u. sol. Preise, Helmut Zimmermann, Baderstr. 200 — 46691

Arbeiter deckt Eure Rauchwaren im Zigarrenhaus Schneider, Schulstraße 34 — 46690

Reserviert

Konradswaldau

Kurt Kell, Dorfstraße 25, Kolonialwaren — Spirituosen — Textil- und Eisenwaren — 47343